

dedBrief

Zeitschrift des Deutschen Entwicklungsdienstes



10 Jahre Ziviler Friedensdienst

- ▶ Friedenspotenziale erkennen
- ▶ Kultur des Erinnerns
- ▶ Förderung von Dialogprozessen

INHALT

SPEKTRUM



Bei der Wahl in Ghana war klar, dass sie knapp ausgehen würde. Erst als am 2. Januar die Wähler ihre Stimmen auch in Tain, dem letzten Wahlkreis, abgegeben hatten, stand das Ergebnis fest: Der Kandidat der Oppositionspartei *National Democratic Congress* (NDC), John Atta-Mills, hat mit 50,2 Prozent die Präsidentschaftswahl gewonnen. Ein Augenzeugenbericht

ab Seite **4**

Susanne Giese

Ghana – Wahlkrimi über drei Runden

4

Sabine Ludwig

Kuba – Durch Reformen Humankapital halten

6



Die gemeinsame Arbeit am Aufbau ihrer Lebensgrundlage führte in Uganda zum Abbau von Vorurteilen. Sie ermöglichte den Arbeitern und ihren Familien, sich gemeinsam

anzusiedeln und Landwirtschaft zu betreiben. Was durch die Unterstützung des ZFD als kleines Projekt Ende des Jahres 2006 mit 54 Menschen begann, hat sich heute zu einer Siedlung mit über 10.000 Menschen entwickelt – ein Modell mit Vorbildfunktion auch für andere Regionen. Ab Seite

22

THEMA



Die jüngsten Ereignisse in Nahost haben gezeigt, wie wichtig Dialogprozesse zwischen den Konfliktparteien sind. Das *Center for Conflict Resolution and Reconciliation* (CCRR) arbeitet nicht nur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, sondern führt auch grenzüberschreitende Dialogprojekte durch, gemeinsam mit israelischen Organisationen.

Mehr dazu ab Seite **12**

Matthias Ries

Dem Frieden ein Gesicht geben

8

Jonas Geith

Palästina – Dialog gegen Besatzung?

12

Daniela B. Link

Afghanistan – "Silence makes you the Accomplice of Violence"

14

Caroline Sperling

Philippinen –

Unterstützung lokaler Friedenspotenziale

16

Dr. Andreas Selmeçi

Kambodscha – Das Schweigen ist gebrochen

18

Florian Köhler

Niger – Heute gemeinsam

Regeln für morgen finden

20

Stefan Friedrichsen / Alice Fuchs

Uganda – Der lange Weg zum Frieden

22

Jan Scholz

Uganda – Nicht gegeneinander, sondern miteinander

24

Claudia Roos

Äthiopien – Konflikte analysieren und transformieren

26

Markus Zander

Guatemala – Mit vereinten Kräften dem Landverlust begegnen

28

Kathrin Weber

Guatemala – Für ein würdiges und gerechtes Zusammenleben

30

Florian Warweg

Peru – Eine langsame, aber nachhaltige Annäherung

32

Dr. Ulrich Goedeking / Martin Sprenger

Peru – „Unsere Zeugen sind alle tot!“

34

Kerstin Kastenholz

Peru – „Bis wann wirst du schweigen?“

36



Durch Erinnerungsorte, wie dem „Museum der Erinnerung“ im peruanischen Ayacucho, kann die Geschichte des Bürgerkriegs nachhaltig aufgearbeitet und so zur Friedensförderung beigetragen werden. Hier können die Kinder ihre Eltern fragen, was passiert ist, bevor sie geboren wurden. Und hier können Menschen aus unterschiedlichen Regionen mit den Menschen vor Ort reden. Mehr dazu ab Seite

36

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,



nach nunmehr 10 Jahren Arbeit hat sich das DED-Engagement im Zivilen Friedensdienst (ZFD) zu einem wichtigen praxisnahen Instrument der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung entwickelt und seine Wirksamkeit in vielen erfolgreichen

Projekten nachgewiesen. Gewaltsame Kriege und Konflikte bestimmen nach wie vor das Leben von Millionen von Menschen. Die lokale und regionale Ausdehnung von Gewalt, massiven Fluchtbewegungen, Armut, Korruption, illegaler Waffen- und Drogenhandel sowie fehlende Entwicklungschancen sind die Folgen.

Dieser DED-Brief zeigt, wie gemeinsam mit den Partnerorganisationen vor Ort konkrete Maßnahmen ergriffen werden können. Hier ist nicht nur eine konflikt sensible Entwicklungszusammenarbeit gefragt, sondern die gezielte Förderung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Erfahren Sie, wie durch gemeinsame Arbeit ehemaliger Konfliktparteien in Uganda Vorurteile abgebaut werden oder wie wichtig die professionelle Aufarbeitung der Vergangenheit ist, sei es am Beispiel des *Khmer Rouge*-Tribunals in Kambodscha oder des „Museums der Erinnerung“ im peruanischen Ayacucho. Ein Novum: Auf vielfachen Leserwunsch haben wir dieses Mal einen Artikel auf Englisch publiziert. Darin berichtet Daniela B. Link aus Afghanistan, wie durch Theateraufführungen die Rechte von Frauen mehr Beachtung finden und gezielt gefördert werden können.

Der ZFD hat sich als ein vorbildliches Gemeinschaftswerk staatlicher und nicht-staatlicher Träger im Konsortium ZFD bewährt und verfügt über ein eigenständiges friedenspolitisches Profil. Er beweist, dass es jenseits des Militärischen effektive und effiziente zivile Werkzeuge zur Friedensentwicklung und Krisenprävention gibt.

Dies ist der letzte DED-Brief in meiner Verantwortung, da ich für den DED die Programmleitung in Honduras übernehmen werde. Ich bedanke mich bei unserer Leserschaft und bei allen, die stets engagiert zum Gelingen des DED-Briefes beitragen. Allen voran Sabine Ludwig als verantwortlicher Redakteurin.

Angela Krug, meiner Nachfolgerin, wünsche ich Freude und Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Inge Weizenhöfer

Um Positionen und Wahrnehmungen zum Thema Landverteilung und Zwangsarbeit geht es bei der Friedensentwicklung in Bolivien. Im Landkreis Cuevo der Chaco-Region, wo noch feudalistische Landbesitz- und Arbeitsverhältnisse herrschen, wehrt sich das Volk der Guarani gegen die jahrzehntelange Schuldknechtschaft.



Ab Seite

42

Volker Frank

Ecuador – Noch kein Grund zum Feiern 38

Andrea Müller

Ecuador – Mit Spiel und Spaß gegen Gewalt 40

Thomas Oberfrank

Bolivien – Die Vision von Frieden und Freiheit verwirklichen 42

BLICKPUNKT

Inland 44

Veranstaltungen 44

KULTUR

Literatur 45

Impressum 47

Ghana

Wahlkrimi über drei Runden

Der DED unterstützt die Arbeit der Zivilgesellschaft für friedliche, demokratische Wahlen



© Nana Odoi

Wahlbeobachter sind an fast allen Wahllokalen zugegen.

Zeigt Ghana der Welt wieder einmal, dass in Afrika friedliche, demokratische Wahlen möglich sind? Oder bahnt sich eine blutige Wahlkatastrophe an, wie vor Jahresfrist in Kenia, wie in Simbabwe oder erst vor wenigen Wochen im nigerianischen Jos? Diese bange Frage stellte sich angesichts gewalttätiger Zwischenfälle im Vorfeld der Wahlen. Nachdem auch die Stichwahl noch keinen eindeutigen Sieger hervorgebracht hatte, ging der Wahlkrimi in die dritte Runde.

Erst als am 2. Januar die Wähler ihre Stimmen auch in Tain, dem letzten Wahlkreis, abgegeben hatten, stand das Ergebnis fest: Der Kandidat der Oppositionspartei *National Democratic Congress* (NDC), John Atta-Mills, hat mit 50,2 Prozent die Präsidentschaftswahl in Ghana gewonnen.

Es war klar, dass die Wahl knapp ausgehen würde. Die Geduld der Bevölkerung mit den ökonomischen Reformen war aufgebraucht. Der Wohlstandszuwachs schien zu ungleich verteilt.

Dazu kommt die Entdeckung der Ölquellen vor Ghanas Küste. „Wer die Wahl gewinnt, kontrolliert den Fund“, sagte Professor Gyimah-Boadi, Politologe und Direktor des *Center for Democratic Development* (CDD), einer Partnerorganisation des DED in Ghana.

Nur wenige Stimmen Unterschied und eine hochattraktive Siegesprämie – schon bezichtigten sich die Parteien gegenseitig des versuchten Wahlbetrugs. Das aggressive Verhalten sowie einige Skandale im vergangenen Jahr haben die staatlichen Institutionen in Misskredit gebracht. Nun lag es an der Zivilgesellschaft, das Vertrauen in den demokratischen Wahlprozess zu stärken.

Was kann die Zivilgesellschaft tun, um Gewalt zu verhindern?

Das CDD führte eine Reihe von Projekten durch, um zum Gelingen friedlicher, demokratischer Wahlen beizutragen:

Gewaltprävention im Vorfeld der Wahlen

In den 25 konfliktreichsten Wahlkreisen wurden speziell geschulte Beobachter eingesetzt. CDD wertete deren wöchentliche Berichte aus und erarbeitete Maßnahmen zur Gewaltprävention. So entstanden Friedens-Foren, bei denen lokale Autoritäten der verschiedenen Religionen und Dorf-*Chiefs* gemeinsam mit Experten der Wahlkommission über *Do's and Don'ts* bei demokratischen Wahlen aufklärten. In zwölf Radiosendungen diskutierten unter anderem Vertreter militanter Jugendgruppen und der Zivilgesellschaft über Frieden und Gewalt bei Wahlen.



Eine junge Frau bei der Stimmabgabe.

Schulung und Monitoring von Journalisten

In Ghana ist die Medienberichterstattung stark auf die Kandidaten fokussiert. Damit die drängenden politischen Themen mehr Raum in den Medien finden und Journalisten die Versprechungen der Kandidaten hinterfragen, hatte das CDD 300 Journalisten geschult. In diesem Projekt war eine Einheimische Fachkraft des DED federführend. Theodore Dzeble, ein ehemaliger Journalist, sollte die Kommunikation von CDD wirkungsvoller gestalten und so der Zivilgesellschaft mehr Stimme geben.

Beteiligung Behinderter an den Wahlen

Um den Forderungen Behinderter Nachdruck zu verleihen, wurde ihre Teilnahme an Wahlveranstaltungen organisiert, zum Beispiel mit Simultanübersetzung für Gehörlose und Rollstuhltransport.

Themenorientierter Wahlkampf

Das CDD veranstaltete Podiumsdiskussionen mit Parlamentskandidaten (siehe Kasten: *Long live Democracy*)

Einheimische Wahlbeobachtung

Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Wahlergebnisse wurde durch unabhängige Wahlbeobachter, die den Ablauf und die Ergebnisse dokumentierten, erhöht. Seit den Wahlen im Jahr 2000 organisiert CODEO, ein Bündnis aus 34 zivilgesellschaftlichen Gruppen, die einheimische Wahlbeobachtung. Koordiniert wurde dieses Zweckbündnis auch im Jahr 2008 wieder vom CDD.

Ein Team aus Politik- und Statistikexperten war vor den Wahlen praktisch rund um die Uhr im Einsatz. John Larvie, langjähriger Wahlexperte und einheimische Fachkraft des DED, leitete das Wahlteam. Eine immense Planungs- und Organisationsaufgabe: Rekrutierung und Schulung der über 4.000 Wahlbeobachter aus den Mitgliedsorganisationen, Aufbau und Steuerung einer Kontrollhierarchie von 280 Verantwortlichen und 30 Regionalkoordinatoren, dazu die logistische Herausforderung, alle Wahlbeobachter mit T-Shirts, Taschen, Hüten, Ausweisen, Checklisten und Gesetzestexten auszustatten. Tagelange Fahrten durch unwegsames Gelände waren notwendig, um zu den entlegenen Wahllokalen zu gelangen. Am Wahltag musste die technische Durchführung funktionieren. Auch wenn Mobilfunknetze nicht flächendeckend vorhanden und Faxgeräte weitgehend unbekannt sind, war zuverlässige und schnelle Information Pflicht bei der Wahlbeobachtung.



Die Wählerinnen und Wähler warten geduldig, bis sie an der Reihe sind.

Bei dieser Wahl waren die Beobachter besonders gefordert. Zweimal kamen sie in allen Regionen Ghanas zum Einsatz. Beim letzten Urnengang in Tain stand sogar an jedem der 144 Wahllokale ein CODEO-Beobachter.

Susanne Giese

Susanne Giese ist Diplom-Volkswirtin und seit 2008 Entwicklungshelferin des DED in Ghana.

Long live Democracy Podiumsdiskussion mit Parlamentskandidaten

Ododododiodio ist ein quirliges buntes Viertel in einem weniger wohlhabenden Teil Accras. Hier befindet sich der große Holzmarkt der Hauptstadt, und an jeder Straßenecke werden Waren angeboten: Papayas, Tomaten und Chili-Schoten neben Secondhand-Kleidern aus Europa und Computerzubehör aus China. Drogenhandel und Beschaffungsprostitution breiten sich aus. Ododododiodio ist einer der *Hotspots* unter den 25 konfliktreichsten Wahlkreisen Ghanas. Einschüchterung gehört hier zur politischen Auseinandersetzung. Der Stadtteil Ododododiodio ist einer der 30 Wahlkreise, in denen das CDD eine Debatte mit den Kandidaten führt. Schauplatz ist die Apostolische Kirche. Mindestens 150 interessierte Bürgerinnen und Bürger sind gekommen. Vier Kandidaten nehmen auf der Bühne Platz und beantworten zunächst die Fragen des Moderators. Dann sind die Bewohner des Viertels dran. Der Abgeordnete wird mit Veruntreuungsvorwürfen der gegnerischen Partei konfrontiert. Er bestreitet sie. Jemand möchte wissen: „Wenn es als Parlamentarier nichts zu gewinnen gibt, warum kandidieren Sie dann noch mal für vier Jahre?“ Die Kandidaten werden nach der Stadtteilsanierung gefragt und nach der Renovierung des Marktes, die schon so lange auf sich warten lässt, und ob die Kandidaten in Ododododiodio wohnen bleiben, wenn sie denn gewählt werden. Die oft aufgeregte Stimmung schlägt nicht in Aggressivität um, vielleicht wegen der freundschaftlichen Gesten der Kandidaten auf dem Podium oder wegen der Hinweise des Moderators auf die Radio- und Fernsehübertragung. Oder es liegt am CDD-Kommunikationsprofi Theodor Dzeble. Seine selbstbewusst-friedliche Eröffnungsrede gipfelt in dem Ausruf: „Long live Democracy!“ Eine rundum gelungene Veranstaltung, die dazu beigetragen hat, dass die Wähler nun eine Entscheidung treffen können.

Kuba

Durch Reformen Humankapital halten

Die Mehrheit der kubanischen Bevölkerung fordert einen radikalen Wechsel



Fidel Castro ist müde geworden – das Fädenspinnen sollen andere übernehmen. Zu Beginn des Jahres 2008 hat er endgültig kapituliert. Neuer Staatschef wurde sein Bruder Raúl Castro.

Stundenlang dauerten seine vom kubanischen Staatsfernsehen übertragenen Reden, die geprägt waren von perfekter Rhetorik und beeindruckendem Charisma. Auch die eifrigsten Regimegegner geben zu, dass dazu nur wenige Staatsmänner in der Lage sind. Vielen hat er eine eigene Souveränität gegeben, eine Ideologie, die nicht mehr zeitgemäß ist, aber beispielhaft war, doch vor allem schuf er ein soziales Netz, das in Lateinamerika als einzigartig galt.

Kleine Freiheiten und viel Geduld

Kuba zu Beginn des Jahres 2009: Was ist nach 50 Jahren Sozialismus geblieben? Heute ist Kuba ein Land, in dem mehr Armut, mehr wirtschaftliche Abhängigkeit und weniger Freiheit herrschen als je zuvor. Die Mittelschicht nimmt immer mehr ab, und etwa 80 Prozent der kubanischen Bevölkerung verdienen weniger als 300 Pesos (12 Euro) im Monat. Der kubanische Historiker Rafael Rojas, der im Exil in Mexiko lebt, fordert den radikalen Wechsel: „Demokratie, freie Marktwirtschaft und ein funktionierendes Steuersystem.“



Am 1. Januar 2009 feierte das Volk den 50. Jahrestag der kubanischen Revolution.

Es gibt sie schon, die kleinen Freiheiten, die Raúl Castro seinen Landsleuten zugesteht: Wenn sie wollen, können sie nun in den Touristen-Hotels logieren, ein Mobiltelefon und – wenn auch eingeschränkt – Internet-Zugang haben. Doch wie sieht es wirklich mit diesen Privilegien aus? „Wo kriegen wir das Geld für diesen Luxus her?“, fragt Luisa aus Habana Vieja. „Geduld ist das, was wir erst einmal haben müssen, nicht Geld!“, er-

gänzt Nachbarin Marta. Ihre Männer sitzen vor dem dunklen Hauseingang an einem wackeligen Tisch und spielen mit konzentrierten Mienen Domino. „Unsere gut ausgebildeten Leute wollen weg von hier. Verständlich in einem Land, in dem ungelernte Arbeiter als Parkwächter und Hotelangestellte durch Trinkgeld von Touristen viel mehr verdienen als Ärzte und Professoren“, klagt einer von ihnen.

„Um Humankapital zu halten und nicht zu verlieren müssen Reformen her, so schnell wie möglich“, betont der kubanische Wirtschaftswissenschaftler Oscar Espinosa Chepe. Nur mit der Aussicht auf bessere Lebensbedingungen könne verhindert werden, dass kubanische Spezialisten ihr Auskommen im Ausland suchen. „Dann würden einige von ihnen auch zurückkommen.“ Wie sehen die jungen Kubaner ihre Zukunft? „Politik? Die Diskussionen gehen mir auf die Nerven!“, meint ein Student gleichgültig. „Es ändert sich ja doch nichts!“

Es fehlt an allem

Kubas neuer Präsident Raúl Castro kündigte bei seiner Amtsübernahme einen Strukturwandel an, der die kubanische Wirtschaft in Schwung bringen sollte. Kubas Agrarsektor ist davon seit Anfang September betroffen. Insgesamt liegt ein knappes Drittel der gesamten Anbaufläche von 6,6 Millionen Hektar brach. Die Flächen stehen nun für Landwirte oder Stadtbewohner zur Verfügung. Interessierte können sich für Staatsland

dass wir die Früchte unserer Arbeit auch ernten können?“, bringt es ein Landarbeiter auf den Punkt. „Es gibt viele Pflichten, aber nur sehr wenige Rechte für uns Bauern. Investieren müssen wir auf eigenes Risiko. Und ob die Nutzungsdauer der Felder verlängert wird, kann uns keiner sagen.“

Bis jetzt ist deshalb nur ein Bruchteil der erwarteten Anträge auf Landverteilung beim Agrarministerium eingegangen.

Immerhin, einige Änderungen wurden zwar umgesetzt, aber die Zeit der gespannten Ruhe und der gleichen Unbeweglichkeit wie vorher dauert an. Der Konfliktherd ist und bleibt die USA. Während die Mehrheit der dort lebenden Exilkubaner fordert, ihren Familien auf der Insel zu helfen, weigert sich die US-Regierung, die Wirtschaftsblockade gegen Kuba und die Restriktionen gegen die in den USA lebenden Kubaner aufzuheben. Für den kubanischen Schriftsteller Arturo Arango wird das wohl auch noch eine Weile so bleiben. „Ich glaube nicht, dass der neue US-Präsident in der Lage sein wird, die Blockade aufzuheben.“

© Sabine Ludwig



Mit Musik lässt sich die Lebensfreude am besten bewahren.

© Sabine Ludwig



Das Warten auf bessere Zeiten kann lange dauern.

© Sabine Ludwig



Dominospiel – ein beliebter Zeitvertreib.

© Sabine Ludwig



Das heimische Wohnzimmer als Verkaufsraum.

© Sabine Ludwig



Trotz schwieriger Lage das Lachen nicht verlernen.

von bis zu 13 Hektar bewerben. Um die Lebensmittelversorgung anzukurbeln, die nach den beiden Hurrikankatastrophen zurzeit besonders angespannt ist, wird eine Nutzungsdauer von zehn Jahren versprochen. Doch das Interesse ist verhalten. Wer kann den neuen Landbesitzern das nötige Saatgut geben? Denn in Kuba fehlt es an Baumaterial, Werkzeug und sogar an Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln. „Wer garantiert uns,

Die Zeit wird das letzte Wort haben, und die kubanische Bevölkerung muss bis auf weiteres mit diesem Fünkchen Hoffnung leben, dass sie schon so lange in sich trägt.

Sabine Ludwig

Sabine Ludwig ist Redakteurin des DED-Briefes.



Buchtipps

Sabine Ludwig
**Unterwegs in Kuba –
Reiseimpressionen**

IATROS-Verlag, Dienheim, 2008
123 Seiten, 10 Euro
ISBN 978-3-937439-64-8



Dem Frieden ein Gesicht

Das Engagement des Zivilen Friedensdienstes des DED

Als Friedensfachkraft im Zivilen Friedensdienst (ZFD) mitzuarbeiten erfordert nicht nur Kenntnisse und Erfahrungen in den Methoden und Arbeitsweisen der zivilen Konfliktbearbeitung, sondern auch Geduld, soziale Kompetenz, außerordentliche Flexibilität und hohe Belastbarkeit.



© Timo Weinacht

Seit 1999 sind bereits über 500 Friedensfachkräfte in mehr als 49 Ländern im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Einsatz gewesen. Der ZFD ist eine Erfolgsgeschichte! Denn obwohl der ambitionierte Begriff „Ziviler Friedensdienst“ in Deutschland anfänglich Erwartungen weckte, die auf das programmatisch Realisierbare reduziert werden mussten und obwohl ihm Skepsis, ja sogar Häme von vielen politischen und diplomatischen Akteuren entgegenschlug, hat sich der ZFD knapp zehn Jahre nach seiner Einführung als praxisnahes Instrument der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der EZ bewährt.

Frieden als Prozess

Der ZFD beweist wie kaum ein anderes Instrument, dass es jenseits des Militärischen effektive und effiziente zivile Werkzeuge zur Friedensentwicklung und Krisenprävention gibt. Dafür spricht, dass der ZFD ein nicht-staatlich-staatliches Gemeinschaftswerk von sieben anerkannten Entsendediensten und einem Friedensdienst ist und ein eigenständiges friedenspolitisches Profil in der deutschen EZ hat. Mit wachsendem ZFD-Engagement bedienen die Entsendedienste die Schnittstelle zwischen friedensfördernden und entwicklungspolitischen Maßnahmen in ihren Partnerländern. Dabei sind Ansätze der Konfliktnachsorge in der Regel auch Ansätze der Konfliktprävention und umgekehrt.



Eine Entscheidung zur Mitarbeit im ZFD will gut überlegt sein, denn in der Regel treten die Fachkräfte für mehrere Jahre aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld heraus, das gerade in persönlich belastenden Situationen, die sich im ZFD ergeben, besonders fehlt. Allparteilichkeit und Gewaltfreiheit sind dabei die grundlegenden Prinzipien des ZFD, die für die Wirkung der fachlichen Arbeit und nicht zuletzt für die Sicherheit der Friedensfachkräfte unerlässlich sind.

© Andreas Seimel



Workshops helfen den Konfliktparteien, das Gespräch miteinander zu finden.



Die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben.



Inzwischen hat das ZFD-Konsortium in Deutschland und in anderen Ländern Europas Vorbildfunktion für die Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft und für die Implementierung eines gemeinsamen Konzepts. Der ZFD fördert mit der Personalentsendung im kleinen Rahmen friedenspolitisch sinn- und wirkungsvolle Projekte, die sich nicht anmaßen, den Partnern im Süden die deutsche Weltsicht aufzuzwingen oder dem Norden die Verantwortung für Gewaltkonflikte zu nehmen.

Die Kompetenzen und Erfahrungen von zurückkehrenden Friedensfachkräften könnten und sollten zur Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte in der Bundesrepublik deutlich mehr genutzt werden, als es bisher der Fall ist. Damit würde Frieden dann tatsächlich als ein Prozess verstanden werden, in dem Menschen im Sinne der Gewaltfreiheit und Lösungsorientierung wirkungsvoll miteinander in Beziehung stehen.

Der ZFD steht für die Bemühungen der deutschen Bundesregierung, mit einer eigenen Friedenspolitik national und international an Profil und an Ansehen zu gewinnen. Diese Bemühungen finden auch ihren Ausdruck im Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, in dem der ZFD als „das wichtigste friedenspolitische Instrument zur Förderung von Friedenspotenzialen der Zivilgesellschaft“ bezeichnet wird. Damit hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren wiederholt den Anspruch formuliert, sich auch mit dem Instrument ZFD als „Zivilmacht Deutschland“ und im Sinne einer „Berliner Friedenspolitik“ in den internationalen Politikfeldern zu profilieren und dieses Engagement gegenüber der eigenen und internationalen Öffentlichkeit sichtbar zu machen und durchzusetzen.

© Kathrin Weber

Zivile Konfliktbearbeitung braucht das Zusammenwirken und den Dialog aller beteiligten Akteure auf allen Ebenen, wobei die Zivilgesellschaft hierbei die entscheidende Rolle spielt, nicht zuletzt, weil sie am Frieden das größte Interesse hat. Deshalb genügt es zivilgesellschaftlichen Akteuren in vielen Ländern nicht, nur vom Frieden zu reden. Vielmehr

wollen sie mit wirkungsvollen zivilen Instrumenten aktiv für den Frieden arbeiten.

Die Vision der Partner des ZFD ist nämlich ein „positiver Frieden“, der eng mit dem Begriff der „Gerechtigkeit“ verbunden ist. Positiver Frieden zielt nicht nur auf die Abwesenheit physischer Gewalt, sondern auch auf die Bildung und Stärkung partizipativer und inklusiver Strukturen, die dem Ausbruch physischer Gewalt langfristig vorbeugen.

Gewaltfreie Regelung von Konflikten

Der ZFD arbeitet grundsätzlich mit lokalen Partnerorganisationen in gemeinsamen Projekten zusammen, um Friedenspotenziale zu identifizieren und die lokalen Kräfte für eine gewaltfreie Regelung von Konflikten zu stärken. Dabei wird die Einflussnahme auf Gewaltakteure nicht ausgeblendet. Im Sinne der Nachhaltigkeit der Projekte ist die Beschäftigung und Förderung lokaler Friedensfachkräfte neben der Personalvermittlung ein weiterer wichtiger Bestandteil von ZFD-Projekten.

Es gibt keinen Weg zum Frieden, der Frieden ist der Weg. Das beweisen die Friedensfachkräfte des DED jeden Tag aufs Neue. Ein ZFD-Programm besteht aus mindestens neun Fachkräften, einem Koordinator und mindestens der gleichen Anzahl einheimischer Fachkräfte. Der DED engagiert sich mit dem Instrument ZFD augenblicklich in Afghanistan, Äthiopien, Bolivien, Ecuador, Guatemala, Kambodscha, Kenia, Nepal, Niger, Palästina, Philippinen, Peru, Ruanda, Simbabwe,



Ergebnisse eines Brainstormings zum Thema Frieden.

Sudan und Uganda. Weitere Engagements in Benin, Burkina Faso, Burundi und Libanon sind in der Planung. Im Hintergrund steht die wirkungsorientierte Koordination und Zusammenarbeit unter den ZFD-Trägern und den internationalen Institutionen bei der Unterstützung von friedensschaffenden und präventiven Maßnahmen. Damit ist der Anspruch verbunden, Mechanismen und Strukturen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung im Rahmen der EZ gezielt zu stärken, die Bildung lokaler und internationaler Netzwerke zu unterstützen und entsprechende ZFD-Handlungsfelder zu bedienen, wie beispielsweise:

- Aufbau von Kooperations- und Dialogstrukturen über Konfliktlinien hinweg (Beiträge von Florian Köhler, Stefan Friedrichsen, Claudia Roos und Daniela B. Link)
- Schaffung von Anlaufstellen und gesicherten Räumen für Unterstützung und Begegnung von Konfliktparteien (Beitrag von Jonas Geith)
- Stärkung von Informations- und Kommunikationsstrukturen zum Thema „Ursachen und Auswirkungen gewaltsamer Konflikte“ (Beitrag von Thomas Oberfrank)
- Reintegration und Rehabilitation der von Gewalt besonders betroffenen Gruppen (Beiträge von Jan Scholz, Kerstin Kastenholz, Dr. Ulrich Goedeking / Martin Sprenger)
- Beratung und Trainingsmaßnahmen zu Instrumenten und Konzepten ziviler Konfliktbearbeitung sowie beim Aufbau von Strukturen (Beiträge von Daniela B. Link und Claudia Roos)
- Friedenspädagogik (Beitrag von Andrea Müller)

- Stärkung der lokalen Rechtssicherheit (Beitrag von Volker Frank).

Brückenfunktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Als einzige staatliche Entsendeorganisation im ZFD-Konsortium bietet der DED eine Brückenfunktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft. So entscheidend die Rolle der Zivilgesellschaften der Partnerländer ist, so bleibt doch der Staat in der Kommunikation mit der Zivilgesellschaft in der Frage der Konflikttransformation ein Schlüsselfaktor.

Natürlich können ZFD-Projekte allein bewaffneten Konflikten nicht vorbeugen oder diese beenden. Erst im Zusammenhang mit den kohärenten Beiträgen anderer Politikfelder wie Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik auf nationaler und internationaler Ebene und einer engen Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren in den jeweiligen Konfliktregionen kann zivile Krisenprävention Wirklichkeit werden. Der Vorteil des Instrumentes ZFD liegt darin, dass viele zivilgesellschaftliche Akteure komplementär zu den staatlichen Initiativen, aber auch unabhängig von staatlicher Einbindung auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen arbeiten können. Es braucht Mut, dem Frieden ein Gesicht zu geben, wie die folgenden Beiträge eindrucksvoll beweisen.

Dr. Matthias Ries

Dr. Matthias Ries ist Leiter der Fachgruppe Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung des DED in Bonn.

Neue Homepage

Die neue Homepage des DED-ZFD bietet neben allgemeinen Informationen zum ZFD auch Informationen zu den einzelnen Maßnahmen, deren Hintergründen und Zielen sowie Profile der einzelnen Friedensfachkräfte. Zusätzlich stehen in den Maßnahmen entstandene Materialien und Publikationen zum Download zur Verfügung.

<http://zfd.ded.de>

© Kerstin Kastenholz



Zum Gedenken an die Toten des Bürgerkriegs werden im peruanischen Ayacucho Kerzen entzündet.

© Stefan Friedrichsen



Ein Fest des Friedens wird im ugandischen Soroti begangen.

Palästina

Dialog gegen Besatzung?

In Palästina sind grenzüberschreitende Dialogprojekte eine Gratwanderung

Wegen seines langjährigen Aufenthalts in israelischer Gefangenschaft sollte Dr. Noah Salameh, Direktor des *Center for Conflict Resolution and Reconciliation* (CCRR), seinen Patriotismus eigentlich nicht unter Beweis stellen müssen. Trotzdem – vor einigen Jahren wurde Noah in einem Pamphlet persönlich angegriffen und musste sich gegen den Vorwurf verteidigen, er sei ein Verräter und würde die israelische Besatzung rechtfertigen.



© Jonas Greth

Das tägliche Verhandeln zwischen Israelis und Palästinensern gehört zum Alltag.

Der Grund? Das CCRR arbeitet seit seiner Entstehung nicht nur innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, sondern führt auch grenzüberschreitende Dialogprojekte durch, gemeinsam mit israelischen Organisationen.

Den Glauben verloren

Palästinensische Gebiete, im November 2008: Die *West Bank* und Ostjerusalem sind mit Siedlungen durchzogen, die Zahl der Siedler liegt laut offiziellen israelischen Angaben bei über 460.000 – Tendenz steigend. Sie sind durch ein kompliziertes Straßennetz untereinander und mit Israel verbunden; palästinensische Dörfer können oft kaum oder nur auf großen Umwegen erreicht werden. In und um palästinensische Dörfer und Städte wurde in den letzten Jahren die Mauer gebaut, eine bis zu acht Meter hohe Betonwand, die viele Menschen von ihrer Lebensgrundlage trennt. Die große Mehrheit der Palästinenser lebt heute in den Tag hinein – und hat den Glauben an den eigenen Staat oder an eine bessere Zukunft verloren.

Das war nicht immer so. Als der Oslo-Prozess 1993 mit dem berühmten Handschlag zwischen Jassir Arafat und Jitzchak Rabin begonnen wurde, glaubten die meisten

Menschen in der Region, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bevor dieser Konflikt gelöst wäre und zwei Gesellschaften, Seite an Seite, in nachbarschaftlicher Eintracht ko-existieren könnten. In den darauffolgenden Jahren gab es unzählige Dialogprogramme, die sich vor allem an Jugendliche wandten und das Ziel hatten, sich gegenseitig kennenzulernen und Vorurteile abzubauen.

Auch Noah erinnert sich an diese Zeit: „Das passierte mit gutem Willen und basierte auf der etwas naiven Annahme, dass sich alles von selbst ergeben würde, wenn man es nur schaffe, den Jugendlichen die Menschlichkeit der anderen Seite zu zeigen. Problematisch war, dass diese Projekte die politische Situation bewusst ausgrenzten. Nach kurzer Zeit des Spaßes miteinander mussten die jungen Leute wieder in ihre Realität zurückkehren. Für die Palästinenser bedeutete das die anhaltende Besatzung und die fortwährende Verschlechterung ihrer Lage und die ihrer Eltern.“

Dazu kam, dass die aus westlichen Mitteln geförderten Programme sich fast ausschließlich auf israelische Organisationen stützten, die sich, wenn überhaupt, erst in einem zweiten Schritt nach dem passenden palästinensischen Partner umschaute – jedoch die administrative,

konzeptionelle und finanzielle Verantwortung über das Projekt behielten. „Die palästinensischen Organisationen mussten das akzeptieren, wenn sie überhaupt beteiligt und nicht als friedensfeindlich dargestellt werden wollten. Damit wurde jedoch nicht bedacht, dass unser Konflikt auf allen Ebenen von Asymmetrie geprägt ist – militärisch, wirtschaftlich, diplomatisch-politisch. Genau jene Asymmetrie wurde damals in die Projekte übertragen.“

Ausbruch der Intifada

Als im September 2000 die zweite *Intifada* begann, verschwand die Friedensbewegung in Israel fast vollständig. Das betraf auch die grenzüberschreitende Arbeit. Die Treffen wurden wegen der Sicherheitslage und der wachsenden Abschottung der palästinensischen Gebiete unmöglich. Das gesamte Konzept wurde in Frage gestellt.

Vor allem in der palästinensischen Gesellschaft werden Dialogprojekte seither äußerst kritisch betrachtet. Berechtigt fragt die Bevölkerung, was für Wirkungen derartige Projekte denn hätten. Auch unabhängige Untersuchungen bezweifeln inzwischen das Konzept. Umfragen fanden heraus, dass der zustande gebrachte Kontakt schon kurz nach dem Ende des Programms vollständig zusammenbrach. Wegen der schlechten Erfahrung sehen viele palästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen Dialogarbeit daher als „Normalisierung“, als Rechtfertigung der andauernden Besatzung.

Das CCRR hat ein Modell der Zusammenarbeit entwickelt und lässt sich nur auf eine Partnerschaft mit einer israelischen Organisation ein, wenn sein Ansatz akzeptiert wird. Bei den Projekten steht die politische Situation immer im Mittelpunkt, mit dem Ziel, die Teilnehmer mit der Realität zu konfrontieren, um nicht nur eine Änderung in ihrer Haltung, sondern auch in ihrem Verhalten gegenüber dem Konflikt zu bewirken. Treffen, die nur das gegenseitige Kennenlernen als Inhalt haben, werden daher abgelehnt. Bei der Implementierung werden Ressourcen und Finanzen gleichwertig zwischen den Organisationen verteilt und strikt getrennt verwaltet. Die wichtigsten Bausteine des Vorhabens, etwa das Moderationsmodell, werden gemeinsam erarbeitet. Für Noah geht die absolut gleichwertige Behandlung sehr weit: „Ich weigere mich zum Beispiel, Mitarbeiter-treffen nur in Israel durchzuführen. Unsere Partner müssen bereit sein, uns in Bethlehem zu besuchen, auch wenn das gegen die Gesetze der Besatzung verstößt.“

Glaubwürdigkeit durch konsequente Haltung

Ein solches Projekt ist *Negotiating our Future*. Das von der Europäischen Kommission finanzierte Vorhaben führt CCRR gemeinsam mit einer israelischen Organisation durch. Mit seiner konsequenten Haltung genießt CCRR in der palästinensischen Gesellschaft eine gewisse Glaubwürdigkeit. Für viele ist es das erste Mal, dass sie an einem derartigen Projekt teilnehmen. Zum Beispiel Fayiz: Der ältere Mann wurde 1948 aus seinem Dorf vertrieben und verbrachte sein Leben in einem Flüchtlingslager. Nun verhandelt er mit Israelis über das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser. „Mir liegt daran, dass ich Israelis direkt sagen kann, wie wichtig mir mein Recht auf Rückkehr ist. Wie wichtig es ist, dass Israel sich zu dem Unrecht bekennt, welches an mir begangen wurde.“

In Palästina sind grenzüberschreitende Dialogprojekte eine Gratwanderung. Ständig scheinen die politischen Entwicklungen die Anstrengungen zu untergraben. Zweifel, ob dies wirklich der richtige Ansatz ist, um einem gerechten Frieden näherzukommen, tauchen immer wieder auf. Auch Noah kennt sie: „Es vergeht kein Tag, ohne dass ich mich frage, ob die Voraussetzungen für unsere Tätigkeit im grenzüberschreitenden Bereich überhaupt noch bestehen. Auf der anderen Seite muss gefragt werden: Was ist die Alternative?“

Jonas Geith

Jonas Geith ist Islamwissenschaftler und seit 2008 Entwicklungshelfer des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) des DED in Palästina.



© Jonas Geith

Porträt

Dr. Noah Salameh

wurde in einem Flüchtlingslager 1952 geboren und ist dort aufgewachsen. Seine Eltern flohen 1948 aus dem palästinensischen Dorf Zakaria, heute eine jüdische Stadt in Israel namens Zacharia, und konnten nie mehr zurückkehren. Sehr früh war er politisch aktiv und wurde im Alter

von 17 Jahren von der israelischen Besatzungsmacht verhaftet. Er wurde erst nach 15 Jahren, im Jahr 1985, befreit. Er arbeitete als unabhängiger Moderator und Mediator, später wurde er Direktor des *Center for Conflict Resolution and Reconciliation* (CCRR), das er Ende der 1990er Jahre mitbegründet hatte.

Afghanistan

“Silence makes you the Accomplice of Violence”

Strengthening Non-violent Conflict Resolution and the Rule of Law

A person was killed in Balkh province. Following the decision of a local council of elders (*shura*) the sister of the murderer got married into the family of the victim in order to finish the hostility between the families.

© Daniela B. Link



Theatre performance on the International Day for the Elimination of Violence against Women in Mazar-e Sharif, Balkh.



© Daniela B. Link

Such Afghan traditions by which one girl is given to the family of the victim (*bad*) or where two girls should be exchanged (*badal*) in order to settle disputes are still common in Afghanistan and widely believed to be Islamic. However, such marriage exchanges without the informed consent of the groom and the bride violate inalienable rights as provided by international human rights standards, Afghan national law as well as the *Sharia*. Those, and especially women, who do not accept customary law and behaviour in accordance with the traditions are at great risk to be condemned by their families and have no real choice to refuse the application of customary law. “Very often the practices of forced marriage result in domestic violence against the woman such as beatings, sexual abuses, threats and intimidations, house imprisonments and sometimes murder. A very tragic consequence of domestic violence and the silent suffering of women in Afghanistan are the rise of self-immolations and self-burnings of women, perceived as the only way out”, states the Women’s Rights Officer of the *Afghanistan Independent Human Rights Commission* (AIHRC), Regional Office Mazar-e Sharif.

The AIHRC is supported by the German Development Service (DED) within the framework of the Civil Peace Service (ZFD) through the deployment of two Peacebuilding and Human Rights Advisors – one in the Regional Office in Kabul and one in the Regional Office Mazar-e Sharif. Through their provision of consultation services, trainings and support in the implementation of awareness raising projects, DED makes a contribution to the strengthening of local conflict resolution mechanisms in accordance with international human rights standards and the promotion of the rule of law in Afghanistan.

There are three existing systems of conflict resolution in Afghanistan (official courts, the traditional *shuras* and Islamic scholarship), which are often at odds with each other. The country’s constitution, as the primary legal source of official courts, does acknowledge the importance of international human rights standards, while *shuras* and religious leaders largely ignore them. Although local councils refer to Islamic law for the basis of their judgments, in particular with regards to women, the councils predominantly speak in favour of traditional practices. While the decisions of the *shuras* often violate women’s rights as provided under Islam and rather derive from pre-Islamic patriarchal ideologies, the regular consultation of religious leaders in the decision-making process makes people believe that the *shura*’s decision complies with Islamic law.

Raising awareness about women's rights

Given the Afghan population's general unawareness about every human being's inalienable rights, the high level of violations of women's human rights – amongst others in the course of intended conflict resolution – and the unsustainability of settled conflicts, a theatre project was initiated within the framework of the Civil Peace Service. The theatre project was developed by the German Development Service in cooperation with its local partner organisation, Afghanistan Independent Human Rights Commission, and the Afghan Ministry of Women's Affairs in order to raise awareness about women's rights under Islamic and secular laws and to inform about non-violent means of conflict resolution. A main theme throughout the play was the emancipation of individuals and families from the pressures of society to adhere to violent traditions. Even rather liberal families who are basically in favour of refraining from violent traditional practices usually do not have the courage and self-confidence to release themselves from social constraints.

During the events, the audience was encouraged to reflect upon a number of traditional practices such as forced marriages (*bad, badal*, child marriages); the prohibition of women from entering the public sphere, including going to work, enjoying education, and participating in political and social (decision-making) processes and to consider the sometimes fatal consequences on a women's life. The audience's awareness has been raised to note that such practices constitute violence against women, and are contrary to Afghan national and *Sharia* law. Further, a debate has been engendered regarding how violence perpetuates violence and has negative consequences on the peace-building and developmental processes on the community level.



© Daniela B. Link

Speech by a Mullah prior to the theatre performance in Aybek, Samangan Province.

Standing up for the rights

Under the slogan “Silence makes you the accomplice of violence” the audience was asked to stand up for the rights of every human being and to report cases of violence and human rights violations to official authorities and/or the AIHRC for follow up. The play further encouraged official authorities to perform their duties in accordance with human rights standards as officially recognized by the Afghan state.

Performed in the Northern Afghan provinces of Balkh, Samangan and Jowzjan the play directly reached an estimated number of 1.300 people, of which about 30 percent were women. Among the beneficiaries were key stakeholders and multipliers such as Government officials and provincial authorities, district leaders and elders, members of the judiciary and local *shuras*, religious leaders, police, teachers, students and journalists. Importantly, also illiterates and the common population were targeted. Given the extraordinary status orientation of Afghan society and the special roles that religious leaders play for disseminating messages, relevant authorities such as local Governors and Mullahs were involved as supporters of the play.

The play attained high media coverage so that messages were disseminated via TV, radio and newspaper in all over the country. The feedback from the audience was very positive and at the same time constructive discussions have been engendered: “The main messages I got from the play were especially conveyed by the acting mullah and the judge who made it very clear to me that both, the *Sharia* and the government laws support women's rights and harmonious relationships within the family”, a member of the audience stated after the play.



© Daniela B. Link

Speech by Women's Affairs Director prior to the theatre performance in Aybek, Samangan Province.

Daniela B. Link

Daniela B. Link, Peacebuilding and Human Rights Advisor to the Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), Regional Office Mazar-e Sharif, working for the Civil Peace Service (ZFD) of the DED since 2007 in Afghanistan.

Philippinen

Unterstützung lokaler Friedenspotenziale

Bürgerkrieg und Korruption schüren seit Jahrzehnten Angst und Gewalt



Seit Januar 2009 unterstützt die DED-Friedensfachkraft Heike Staff (dritte v. li.) die ZFD-Partnerorganisation des DED Mindanao Commission on Women (MCW) bei deren Dokumentations- und Kampagnenarbeit für ein friedliches Mindanao.

von der MNLF abgespaltene *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) setzte nach 1996 den bewaffneten Kampf für ein *Bangsamoro* bis heute fort. Dabei strebt die MILF eine Ausweitung der im Friedensvertrag von 1996 gemachten territorialen, politischen und wirtschaftlichen Zugeständnisse und eine weitreichende Selbstverwaltung für die autonome Provinz an.

© DED

Mindanao – Fleckenteppich der Konflikte

Sezessions- und Ressourcenkonflikte haben eine lange Geschichte in den südlichen Philippinen. Bereits zu Zeiten der spanischen Kolonialherrschaft von 1521 bis 1898 kam es zu Spannungen zwischen den christlichen und muslimischen Bewohnern Mindanaos, die bis heute andauern und im Herbst 2008 einen neuen tragischen Höhepunkt erreichten.

Mit dem *Treaty of Paris* wurde Mindanao im Jahr 1898 formell Teil des philippinischen Staates, ohne dass der Bevölkerung hierüber ein Mitspracherecht eingeräumt wurde. In der darauf folgenden Zeit wurden immer weitere Teile der Insel für Siedler und Investoren aus anderen Regionen des Landes geöffnet. Damit setzte ein Prozess der Entrechtung und Enteignung der muslimischen Bewohner ein, der dazu führte, dass die einst mehrheitlich muslimische Bevölkerung zum heutigen Zeitpunkt nur noch mit einem Anteil von 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung Mindanaos vertreten ist.

Zu Beginn der 1970er Jahre begann die *Moro National Liberation Front* (MNLF) den bewaffneten Kampf für ein *Bangsamoro* – einen von den Philippinen unabhängigen islamischen Staat. Ende der 1980er Jahre entstand die aus fünf Provinzen und einer Stadt bestehende Autonome Region Muslim Mindanao (ARMM), die nach dem 1996 geschlossenen Friedensvertrag zwischen MNLF und philippinischer Regierung zur politischen Domäne der alten MNLF-Kader wurde. Die sich 1977

Die aktuell äußerst fragile Konfliktlage auf Mindanao wird durch lokale Land- und Verteilungskonflikte verschärft. Bürgerkrieg, Clanwirtschaft und Korruption haben über Jahrzehnte ein Klima der Angst und Gewalt geschaffen, in dem Konflikte um Land und Ressourcen, die nicht selten entlang ethnisch-religiöser Linien oder einflussreicher Familien-Clans verlaufen, häufig gewaltsam ausgetragen werden. Kulturell und historisch tief verwurzelte gewalttätige Mechanismen der Konfliktbearbeitung, die Beteiligung des Militärs sowie traditionelle Konflikte tragen immer wieder zur Gewalteskalation bei. Fehlende Rechtssicherheit und mangelnder Zugang zur Justiz, die Verbreitung von Kleinwaffen sowie Korruption und dynastische Machtverteilung wirken konfliktverstärkend.

Die indigene Bevölkerung Mindanaos – als dritte Bevölkerungsgruppe neben der christlichen und muslimischen – ist sehr heterogen und bisher nur in geringem Maße organisiert. Dadurch werden ihre spezifischen Interessen und Rechtsansprüche nur sehr begrenzt wahrgenommen, was wiederum zu einer geringen Einflussnahme auf politische Entscheidungen – zum Beispiel im Rahmen der Friedensverhandlungen – führt. Dadurch ist die indigene Bevölkerung innerhalb dieser Konflikt-dynamik ein Akteur, der von sozialer, kultureller und politischer Marginalisierung am stärksten betroffen ist. Fortschreitende Umweltzerstörung, Abholzung, Monokulturen und die damit einhergehende Zerstörung der ökonomischen Grundlagen der Bevölkerung bergen zudem ein weiteres erhebliches Konfliktpotenzial, unter dem insbesondere die indigene Landbevölkerung leidet.

Das Bürogebäude von MCW mit dem Banner Light a Ceasefire für ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der Moro Islamic Liberation Front (MILF) und den Armed Forces of the Philippines (AFP).



Die Arbeit des ZFD in Mindanao

Bereits seit 2003 setzt sich der DED gemeinsam mit lokalen Partnern im Rahmen seines ZFD-Programms für die gewaltfreie Transformation von Konflikten und die Schaffung eines „positiven Friedens“ (der Begriff drückt aus, dass Frieden mehr als die Abwesenheit von Gewalt ist) in Mindanao ein. Die fragilen und vielschichtigen Konfliktlagen auf Mindanao machen es erforderlich, Gewalteskalationen präventiv zu begegnen. Durch die Stärkung der Zivilgesellschaft als unabhängigen Akteur für Frieden und Gewaltfreiheit unterstützt der ZFD gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung und hilft, lokale Gewaltpotenziale zu reduzieren.

Seit 2008 richtet sich das ZFD-Programm des DED mit der Schwerpunktsetzung auf zwei Handlungsfelder und der Entsendung von fünf Friedensfachkräften strategisch neu aus. Heute stehen die Dialogförderung zwischen den Konfliktparteien, die Stärkung der Zusammenarbeit friedensrelevanter Akteure der Zivilgesellschaft und die Aufklärung über Ursachen und Auswirkungen von Gewalt auf Mindanao im Mittelpunkt des ZFD-Engagements.

Förderung von Dialogprozessen

Die Förderung von Dialogprozessen über Konfliktlinien hinweg, und hier insbesondere zwischen den christlichen, muslimischen und indigenen Bevölkerungsgruppen auf Mindanao, setzt an bereits existierenden Strukturen an. Das ZFD-Programm des DED wird auf Mikro-, Meso- und Makroebene tätig und kann somit den friedenspolitischen Dialog zwischen den gesellschaftlichen Ebenen gezielt unterstützen.

Die durch den ZFD unterstützten Projekte lokaler Partner zu interkulturellem und interreligiösem Dialog fördern das gegenseitige Verständnis und helfen, Vorurteile abzubauen, um einer Gewalteskalation entgegenzuwirken. So fördert der DED im Rahmen seiner Kooperation mit dem *Poverty Reduction and Conflict Transformation*-Projekt der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Mindanao die Vernetzung und Organisation indigener Gruppen. In diesem Jahr wird eine Friedensfachkraft das Büro des Präsidentenberaters zum Friedensprozess bei der Ausarbeitung von Konzepten zur Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer unterstützen.

Ursachen und Auswirkungen gewaltsamer Konflikte

Der DED unterstützt lokale Partner bei deren Informations- und Forschungstätigkeit zu Ursachen und Auswirkungen gewaltsamer Konflikte. Dieser Programmschwerpunkt dient der Aufklärung, Sensibilisierung und Verbreitung von Informationen über die Grundursachen von Konflikten auf Mindanao. Im Mittelpunkt stehen dabei auch die konkreten Auswirkungen von Gewalt auf die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, Prozesse und sozialen Beziehungen. Seit Januar 2009 unterstützt eine DED-Friedensfachkraft die *Mindanao Commission on Women* (MCW) bei deren Dokumentations- und Kampagnenarbeit für ein friedliches Mindanao.

Caroline Sperling

Caroline Sperling ist Ethnologin und Religionswissenschaftlerin und seit 2008 ZFD-Koordinatorin des DED in den Philippinen.



Davao auf Mindanao – ein scheinbar friedliches Stückchen Erde.

Kambodscha

Das Schweigen ist gebrochen

Nach 30 Jahren wird den noch lebenden Hauptverantwortlichen der Prozess gemacht

„Ich muss immer daran denken, was unter den Khmer Rouge
geschehen ist. Ich verstehe nicht, warum sie Menschen getötet haben.
Wofür haben sie es getan? Für wen? Jeder Kambodschaner
sollte darüber nachdenken“, klagt ein Anrufer in einer Radiosendung.

Reiner Bauernstaat

Im Jahr 2003 vereinbarte die Regierung mit den Vereinten Nationen die gemeinsame Einrichtung eines Sondertribunals für die noch lebenden Führungsmitglieder der Khmer Rouge. Diese *Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia* (ECCC), in denen kambodschanische und internationale Richter zusammen Recht sprechen sollen, nahmen Ende 2006 ihre Arbeit auf. Das erste Hauptverfahren gegen Kaing Guek Eav alias Duch, den ehemaligen Direktor des Folter-Gefängnisses Tuol Sleng, wo mehr als 14.000 Menschen grausam umgebracht wurden, begann im Februar 2009. Weitere vier Angeklagte, der ehemalige Stellvertreter von „Bruder Nr. 1“ Pol Pot, Nuon Chea, Ex-Staatspräsident Khieu Samphan, Außenminister Ieng Sary und seine Frau, die Sozialministerin Ieng Thirith, sitzen in Untersuchungshaft. Ihnen wird die volle Mitverantwortung für die Verbrechen vorgeworfen, durch die Kambodscha ein reiner Bauernstaat werden sollte.

Nur durch die aktive Beteiligung von überlebenden Tätern und Opfern vermögen die ECCC einen Beitrag für Gerechtigkeit und Versöhnung in Kambodscha zu leisten. Dies zu erreichen, ist das Ziel einer großen Entwicklungsmaßnahme, die der Zivile Friedensdienst (ZFD) des DED seit Anfang 2007 umsetzt. Acht Friedensfachkräfte, ab 2009 zehn, ihren Berufen nach Rechtsanwälte, Psychologen, Journalisten und Sozialpädagogen, werden bei diversen kambodschanischen Partnern eingesetzt. Darunter sind Menschenrechts-, Frauen- und Jugendorganisationen, universitäre Institute, ein unabhängiges Radio sowie die ECCC selbst. Das Programm des ZFD ergänzt Maßnahmen der deutsch-kambodschanischen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung guter Regierungsführung.

Wunden der Geschichte

Vermag ein Strafgerichtshof die Wunden der Geschichte zu schließen? Werden sie durch die öffentliche Debatte um die Ereignisse der *Khmer Rouge*-Zeit nicht eher wieder aufgerissen? Für Chhim Sotheara, Direktor der ZFD-Partnerorganisation *Transcultural Psychosocial Organization* (TPO), ist es zwingend notwendig, dass „die ECCC durch psychosoziale Trauma-Arbeit ergänzt werden. Wir wollen den Menschen helfen, an ihre Situation angepasste Formen des Umgangs mit posttraumatischem Stress zu entwickeln. Keinesfalls sollten Überlebende, die als Zeugen oder Nebenkläger an den Verfahren vor den ECCC mitwirken, dadurch in seelisches



© CSD

Die Aufarbeitung
der Vergangenheit
reißt noch häufig
Wunden auf.

Mehr als 1,7 Millionen Menschen sind durch das Regime des „Demokratischen Kampuchea“ zwischen April 1975 und Januar 1979 durch Hinrichtungen, Folter, Hunger und Krankheiten ums Leben gekommen. Bis 1999 hat es gedauert, bis die letzten der so genannten *Khmer Rouge* ihre Waffen abgaben. Dafür erhielten sie Straffreiheit, viele sogar Ämter in Verwaltung, Polizei und Streitkräften. Deshalb haben sich viele Überlebende des Völkermordes lange nicht sicher gefühlt und über ihr Leid geschwiegen. Bis heute gibt es in Kambodscha keine einzige Vereinigung von *Khmer Rouge*-Opfern, die deren Interessen gegenüber Staat und Öffentlichkeit vertritt.



Fotos von Menschen, die in Tuol Sleng ermordet wurden, und überlebende Angehörige.

Leid zurückgeworfen werden.“ Um dies zu verhindern, hat TPO offiziell ein Mandat der ECCC erhalten. Bei Beginn der ersten Hauptverhandlung erhalten die Berater der Nichtregierungsorganisation einen eigenen Raum im Gericht.

Insgesamt trägt die Friedensmaßnahme des DED mit ihrem gemeinsamen Wirkungshorizont und übergreifendem Monitoring dazu bei, dass verschiedene kambodschanische Akteure, die nicht immer frei von gegenseitigen Empfindlichkeiten sind, vertrauensvoll miteinander kooperieren und Synergien entfalten. Wichtig ist dies vor allem für die überlebenden Opfer, die eine ganzheitliche, an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Begleitung verdienen. Dazu stellt Judith Strasser, Friedensfachkraft bei TPO, erfreut fest: „Die Nebenkläger, die von unseren Partnern sowohl rechtliche wie emotionale Unterstützung erhalten, treten gegenüber den ECCC und in der Öffentlichkeit zunehmend selbstbewusst auf. Manche von ihnen machen regelmäßig Gebrauch von unserem Beratungsangebot.“

Trauma-Arbeit und Versöhnung

Seit den 1990er Jahren glaubten manche internationale Beobachter zu wissen, dass die Kambodschaner über ihre tragische Vergangenheit lieber schweigen. Gesprächstherapien würden in ihrer Kultur und Religion grundsätzlich nicht angewandt. Trauma-Arbeit könne in Kambodscha gar nicht fruchtbar werden, prophezeiten sie. Zudem behaupteten viele „Kenner des Landes“, die Kambodschaner würden sich für das *Khmer Rouge*-Tribunal gar nicht interessieren.

Heute jedoch, zwei Jahre nach Einrichtung des Tribunals, sind sich einer repräsentativen Umfrage zufolge 71 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung über die Existenz der ECCC bewusst. Ganze 85 Prozent der Befragten unterstützen die ECCC. Dadurch haben beispielsweise die öffentlichen Foren des DED-Partners *Center for Social Development* wesentlich beigetragen. Auch das Radioprogramm „Die Wahrheit“ des *Women's Media Center*, das *Call in*-Möglichkeiten bietet, ist sehr populär. Tausende Kambodschaner haben mittlerweile öffentlich über den *Khmer Rouge*-Terror und dessen Folgen gesprochen. Das Schweigen hat ein Ende gefunden.



Ein Täter spricht: Mey Mak, Vizegouverneur von Pailin, verteidigt die Khmer Rouge bis heute.

In den kommenden zwei Jahren will der ZFD des DED zusammen mit seinen kambodschanischen Partnern erreichen, dass der Dialog über Gerechtigkeit und Versöhnung in Kambodscha unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen fortgesetzt wird. Die Opfer von Vergewaltigungen sowie Angehörige ethnischer Minderheiten, an denen die *Khmer Rouge* Genozid begangen haben, sollen ohne Furcht vor Sanktionen sprechen können. Die Nebenkläger und andere Überlebende müssen die Gelegenheit bekommen, in einem demokratischen Prozess gemeinsame Vorstellungen über Reparationen und die Kultur des Erinnerns zu entwickeln. Ein Nebenkläger beschreibt den neuen Geist so: „Früher haben sie uns nicht erlaubt, zu sprechen oder unsere Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Jetzt haben wir das Recht und die Chance dazu.“

Dr. Andreas Selmeci

Dr. Andreas Selmeci ist seit 2005 als Friedensfachkraft des DED und seit 2007 als Koordinator des ZFD-Programms des DED in Kambodscha tätig.



Das ehemalige Folter-Gefängnis Tuol Sleng ist heute ein Museum.

Niger

Heute gemeinsam Regeln für morgen finden

Interview mit einer Friedensfachkraft

Eine Gruppe vom Volk der Peulh-Ouda. Die mobile Lebensweise der Viehhaltervölker wird durch den immer dichter besiedelten Raum in der Agrarzone zunehmend erschwert. Das Vieh auf den Feldern der Bauern stellt eine der häufigsten Konfliktursachen dar.



© Florian Köhler

Im Sahel führt die Ressourcenverknappung durch Desertifikation, Übernutzung der Böden und klimatische Faktoren bereits heute zu einer bedenklichen Zunahme gewaltsamer Konflikte.

Durch das starke Bevölkerungswachstum werden sie sich in Zukunft weiter verschärfen, wenn nicht durch einen geregelten Zugang zu den Ressourcen langfristige Lösungen gefunden werden.

Das Interview mit Florian Köhler führte die Redaktion des DED-Briefs.

Der ZFD des DED im Niger arbeitet im Bereich Konfliktprävention. Mit welchen Konflikten hat das Projekt hauptsächlich zu tun?

Der Niger ist ein großes Land, und gemessen an seiner Fläche scheint die Bevölkerungszahl nicht enorm. Nachdem über 60 Prozent des Landes aus Wüste oder Halbwüste bestehen und Ackerbau nur in einem schmalen Streifen möglich ist, sind die heute 13 Millionen Einwohner schon jetzt eigentlich zu viel für die kargen natürlichen Ressourcen. In zehn Jahren aber werden es insgesamt 20 Millionen sein, und der Druck auf die Ressourcen und die damit verbundenen Konflikte wird enorm zunehmen. Dabei geht es vor allem um den Zugang zu Wasser und die Verteilung von Land sowie um die Konkurrenz zwischen Landwirtschaft, mobiler Tierhaltung und Weidewirtschaft.

Konflikte zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern?

Richtig, aber wir wollen sie nicht auf diese Weise polarisieren. Es handelt sich eher um Konflikte zwischen vielen verschiedenen Akteuren. Deshalb versuchen wir immer alle Nutzergruppen einzubeziehen und sprechen allgemein von Konflikten um natürliche Ressourcen.

Wer sind die Partnerorganisationen des ZFD-Projektes?

Es gibt sowohl eine Viehhaltervereinigung wie auch eine Regionalbehörde für Bodenrecht mit ihren dezentralen Organen, den lokalen und kommunalen Bodenrechtskommissionen.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden ist nicht immer leicht. Wie sieht die Kooperation konkret aus?

Der Prozess der Dezentralisierung und Kommunalisierung im Niger ist in der Tat noch jung. Die Vielzahl der neuen Akteure und Institutionen auf lokaler Ebene birgt Konfliktpotenziale in sich, wie beispielsweise das Spannungsfeld zwischen den traditionellen und den neuen, demokratisch gewählten Autoritäten. Die einen wollen ihre Macht nicht aus den Händen geben, die anderen wissen ihre neue Rolle – ihre Machtposition – noch nicht richtig auszufüllen. Wir haben zum Beispiel in verschiedenen Gemeinden die Bildung von Dialogplattformen angeregt, die den Austausch zwischen der Gemeinde und den Bürgern fördern sollen. Diese tragen dazu bei, dass die in ih-



© Florian Köhler

Diskussion im Rahmen einer kommunalen Dialogplattform zu Fragen der Regelung der Ressourcennutzung.

Brunnen auf einer Weide. Der Zugang zur Ressource Wasser ist immer wieder Gegenstand von Konflikten.



© Eric van Sprundel

ren Ämtern noch weitgehend unerfahrenen Akteure ihre Rollen besser verstehen und gemeinsam ein Verständnis von ihrer jeweiligen Arbeit entwickeln. Gleichzeitig soll die Arbeit an der Entwicklung eines Landnutzungsplanes vorankommen. Hauptakteure dieser Dialogplattformen sind die Bodenrechtskommissionen, die mittlerweile in allen Gemeinden eingesetzt sind.

Landnutzungsplanung als Mittel der Konfliktprävention?

Die kommunalen und regionalen Räume müssen klar definiert sein. Zum Beispiel: Welche Flächen sind für eine agrarische Nutzung vorgesehen und welche sollen Weideflächen bleiben? Wo müssen Korridore für die Viehwanderung freigehalten werden, um die Mobilität der Herden zu gewährleisten und gleichzeitig Feldschäden während der Wanderbewegungen zu verhindern? Wichtig ist uns vor allem, für die Zukunft zu planen. Heute sind die Ressourcenkonflikte hier noch überschaubar, aber die Bevölkerung wächst so schnell, dass sie sich unweigerlich verschärfen werden. Deshalb ist es wichtig, heute Regelungen zu finden, die auch morgen noch tragbar sind. Die Landnutzungsplanung schafft für alle Akteure einen Referenzrahmen, der auch Rechtssicherheit bedeutet.

Stichwort Rechtssicherheit: Hat das Projekt noch mehr Beiträge geleistet?

Ja, ein großes Problem ist, dass die mobilen Viehhalter gegenüber den sesshaften Gruppen eine schwache Lobby haben und deshalb in Rechtsfällen oft schlecht abschneiden. Eine der häufigsten Situationen sind Fälle von Feldschäden, die vom Vieh verursacht werden. Für die mobilen Viehhalter sind ihre traditionellen Autoritäten, die sie vertreten könnten, meist nicht vor Ort, und die lokalen Dorfcheads, die die Schlichtung vornehmen, sprechen den Feldbesitzern oft völlig übertriebene Entschädigungszahlungen zu. Die Viehhalter kennen ihre Rechte nicht genügend und haben in vielen Fällen schlechte Erfahrungen mit den staatlichen Autoritäten gemacht, so dass sie sich kaum trauen, Widerspruch einzulegen. Der ZFD hat sich einerseits unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure für ein objektives Prozedere bei der Beurteilung der Schäden und Festsetzung der Entschädigungen eingesetzt und unterstützt außerdem die Viehhaltervereinigungen darin, ihre Klientel besser über ihre Rechte aufzuklären und im konkreten Fall ihre Interessen zu vertreten. Damit hat er einen

wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit geleistet. Ein Gesetz, das viehhalterspezifischen Belangen eine Rechtsgrundlage verschaffen soll, muss von der Nationalversammlung in der Hauptstadt Niamey noch angenommen werden. Dann wäre auch hier ein entscheidender Schritt erreicht.

Wie wird die Rolle des ZFD von den verschiedenen Akteuren vor Ort wahrgenommen?

Vor allem am Anfang war es nicht leicht. Die Leute haben seit Jahrzehnten ihre Erfahrungen mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit gemacht. Es wurden Schulen und Gesundheitszentren gebaut, Mikrokreditsysteme oder Kooperativen eingeführt. Ihr Nutzen leuchtete den Menschen auf Anhieb ein, auch wenn es nicht immer auf Dauer funktioniert hat. Aber das Projekt des ZFD ist erst einmal etwas ganz anderes gewesen. Es gab nichts Sichtbares und nichts Greifbares. Dieses Projekt beschränkte sich auf Diskussionen, Dialog und Reden. Das war manchmal eine große Herausforderung, weil der Nutzen den Leuten nicht so leicht zu vermitteln war und sie deshalb schwer zu motivieren waren. Aber mit der Zeit haben sie den Mehrwert erkannt und fingen an, die Angebote zunehmend zu nutzen. Langfristige Änderungsprozesse benötigen viel Zeit. Entscheidend ist, dass die Menschen es verstehen, selbst die Fragen ihrer Zukunft gemeinsam in die Hand zu nehmen.

Florian Köhler

Florian Köhler ist Ethnologe und war von 2004 bis 2007 Friedensfachkraft des DED in Diffa. Seit 2008 arbeitet er für den ZFD des DED in Zinder, Niger.



© privat

Im Gespräch mit Florian Köhler.

Info

Das ZFD-Programm des DED in Niger wurde im Jahr 2002 in Diffa mit einem Projekt zur Förderung von Mechanismen der Konfliktprävention und -bearbeitung gestartet. Seit 2005 wird das Nachfolgeprojekt an den Standorten Zinder und Diffa durchgeführt: „Beteiligung mobiler Viehzüchter an dezentralen Entscheidungsprozessen auf regionaler und kommunaler Ebene unter Berücksichtigung der Weideproblematik bei der Entwicklung von Landnutzungsplänen.“

Uganda

Der lange Weg zum Frieden

Den Dialog schaffen zwischen verfeindeten Bevölkerungsgruppen

Seit seinem Start im Jahr 2000 hat das ZFD-Programm in Uganda an Sichtbarkeit und Struktur gewonnen.

Die Konfliktdynamiken im Land haben sich seither geändert. Es gibt neue Herausforderungen, denen der ZFD mit viel Erfahrung und neuen Strategien begegnen kann.



Präsident Yoweri Museveni empfängt anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahr 2002 von dem Rebellenführer Ali Bamuzee die Flagge der UNRF II.

Richard ist im Jahr 2000 23 Jahre alt. Er hat viele Ideen und arbeitet als Freiwilliger nach dem Studium bei einer kleinen Nichtregierungsorganisation (NRO) in Fort Portal in der Nähe des Rwenzori-Gebirges. Er ist hier zur Schule gegangen und gleich nach dem Studium in der Hauptstadt Kampala zurückgekehrt, um „seinen Leuten etwas zurückgeben zu können“.

Neben seiner Schönheit bietet das Rwenzori-Gebirge durch seine bis zu 5.000 Meter hohen Berge und seine undurchdringlichen Wälder jedoch auch ein perfektes Rückzugsgebiet für Rebellen. Ende der 1990er Jahre gab es in Uganda drei große regionale Rebellengruppen, die dem Irrglauben verfallen waren, dass man Ideologien mit Gewalt durchsetzen kann und so das gesamte Land massiv destabilisierten: Die *Allied Democratic Forces* (ADF) im Westen Ugandas, die *Uganda National Rescue Front II* (UNRF II) im Nordwesten sowie die besonders berüchtigte *Lord Resistance Army* (LRA) im zentralen Norden. Es gab also genügend Gründe und Ansatzpunkte, um den ZFD zu beginnen.

Friedensarbeit konkret

Im Jahr 2001 startete die konkrete ZFD-Friedensarbeit in Uganda. Gemeinsam mit drei kleinen lokalen NRO wurden Friedensprogramme entwickelt, aufgebaut und begleitet. Richard war unter den ersten lokalen ZFD-Fachkräften. Zu diesem Zeitpunkt waren die Erfolgsaussichten des ZFD in Uganda noch unklar.

Eine der ersten Organisationen, die der ZFD in Uganda unterstützte, arbeitete im Bereich Menschenrechte.

In einem der ersten Friedensprojekte des ZFD wurden Kampagnen lokaler Radiosender in Fort Portal unterstützt, in denen Ex-Rebellen ihre ehemaligen Mitkämpfer aufforderten, die Waffen niederzulegen, die Rwenzori-Berge zu verlassen und den gewaltsamen Aufstand der ADF nicht weiter zu unterstützen.

Im Osten des Landes war das ZFD-Projekt „Förderung friedlichen Zusammenlebens durch die gemeinschaftliche Wiederinstandsetzung von Dämmen“ ein großer Erfolg. Dabei wurde in der durch Konflikte zwischen ethnischen Gruppen entvölkerten Grenzregion Teso-Karamoja durch die Beteiligung beider verfeindeter Gruppen ein Wasserdamm instand gesetzt. Die gemeinsame Arbeit am Aufbau ihrer Lebensgrundlage führte zum Abbau von Vorurteilen und zur Harmonisierung. Es ermöglichte den Arbeitern und ihren Familien, sich in der trockenen Gegend erneut und gemeinsam anzusiedeln und Landwirtschaft zu betreiben. Was durch die Unterstützung des ZFD als kleines Projekt Ende des Jahres 2006 mit 54 Menschen begann, hat sich heute zu einer Siedlung mit über 10.000 Menschen entwickelt – ein Modell mit Vorbildfunktion auch für andere Regionen.

Friedenswirkungen messen

Das achtjährige Engagement des ZFD in Uganda ermöglicht es, einen Blick auf die Erfolge aller Aktivitäten zu werfen. Welche (Aus-)Wirkungen die Friedensprojekte auf die Entwicklung Ugandas hatten, ist schwer zu messen, aber dennoch lassen sich viele Resultate des ZFD in Uganda feststellen: Menschen führen über Konfliktlinien hinweg Dialoge. Was zunächst eher banal klingt, ist eines der schwersten – aber auch der wichtigsten – Ziele, die der ZFD erreichen kann. Verfeindete Bevölkerungsgruppen wieder miteinander ins Gespräch zu bringen, ist der wichtigste Faktor für das Gelingen eines Friedensprozesses.

Seit Beginn der Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und Institutionen unterstützt der ZFD Mitarbeiter der Partnerorganisationen durch Gehaltszahlungen und Weiterbildungen. Diese Investition in „menschliche Potenziale“ zahlt sich aus. Viele der ersten lokalen einheimischen Fachkräfte, die vom ZFD unterstützt wurden, arbeiten nun bei großen internationalen Organisationen, renommierten NRO oder bieten als freiberufliche Berater ihre Leistungen im Bereich der Friedensarbeit an.

Ganzheitliche Friedensarbeit

Das ZFD-Programm in Uganda ist seinen Kinderschulen und seiner Orientierungsphase entwachsen und orientiert sich nun an bestimmten Handlungsfeldern und Regionen. Im Sinne von Entwicklungsmaßnahmen werden Konflikte in größeren Zusammenhängen gesehen. Durch diese regionale Betrachtung können Konflikte nun ganzheitlich bearbeitet werden. Mehr und mehr werden nicht nur kleine lokale Partnerorganisationen unterstützt, sondern auch die Zusammenarbeit mit Distriktregierungen ausgebaut – als Zusammenarbeit von Beteiligten, die die Friedensarbeit effektiver macht.



Bundespräsident Horst Köhler erhält während eines Besuches des ZFD-Projekts an der Makerere-Universität das Buch „Frieden im Fokus“ von ZFD-Koordinator Stefan Friedrichsen.

Besonders die Einbeziehung von Politikern der jeweiligen Regionen hat zur Lösung oder Verschärfung von Konflikten in Uganda erheblich beigetragen. Der ZFD-Ansatz versucht bei der Zusammenarbeit insbesondere die Kommunikation zwischen Distriktvertretern und Konfliktparteien zu verbessern, sowie Friedensarbeit in die regionalen Entwicklungspläne zu integrieren.

Weiterhin bemüht sich der ZFD in Uganda um Kooperationen mit anderen internationalen Organisationen oder deutschen Nichtregierungsorganisationen. Die Zusammenarbeit auch auf anderen Sektoren, wie denen der Wasserversorgung und Ernährungssicherung, hat Synergieeffekte, die den Erfolg der Friedensarbeit langfristig sichern und eine befriedete Gesellschaft in eine nachhaltige Entwicklung begleiten können.

Richard ist heute 31 Jahre alt, er ist verheiratet und hat zwei kleine Kinder. Er hat sich wie das ZFD-Programm weiter entwickelt. Der Friedensarbeit ist er treu geblieben. Aufgrund seiner Berufserfahrung und seines Studiums hat er seit dem Jahr 2006 eine gute Stelle bei einer angesehenen internationalen NRO. Er ist dort nationaler Berater für Friedensaktivitäten in Uganda. Richards Familienname ist Businge, was in der einheimischen Sprache soviel bedeutet wie: „Frieden“.

Stefan Friedrichsen

Stefan Friedrichsen ist Diplom-Sozialpädagoge/Sozialarbeiter und seit 2001 für den ZFD des DED in Uganda tätig. Seit 2007 ist er ZFD-Koordinator in Uganda.

Alice Fuchs ist Politikwissenschaftlerin und war von 2008 bis 2009 DED-Entwicklungsstipendiatin in Uganda.



ZFD-Koordinator Stefan Friedrichsen im Gespräch mit DED-Fachkräften.

Uganda

Nicht gegeneinander, sondern miteinander

Förderung des friedlichen Zusammenlebens durch den Bau von Staudämmen

Im Januar 2007 startete das Programm zur „Förderung friedlichen Zusammenlebens durch die gemeinschaftliche Wiederinstandsetzung von Dämmen“.

Es gehört zur Friedensförderung im Teso-Karamoja-Gebiet im Nordosten Ugandas. Der ZFD des DED ist hier seit dem Jahr 2005 aktiv.



© Philipp Osato

DED-Friedensfachkraft Edith Naser bei Beratungsgesprächen anlässlich des Baus von Dämmen in der Grenzregion Teso-Karamoja.

Seit vielen Jahrzehnten ist die Teso-Karamoja-Region von gewaltsamen Konflikten betroffen. Aus rituellen Viehdiebstählen zwischen verfeindeten Clans wurden im Laufe der Zeit brutale Raubüberfälle, nachdem sich die Viehdiebe mit Schusswaffen ausgerüstet hatten.

Überwindung der Feindschaft durch Austausch

Die lokale Zivilbevölkerung traf es am meisten. Als Folge kam es zu einer Massenflucht aus der Grenzregion. Die eigentlich fruchtbare Gegend verwilderte, die bereits existierende Infrastruktur – Straßen, Felder, Weideland und Dämme, die als Wasserspeicher für die Rinderherden dienten – verfiel. Auch die Sicherheitslage verschlechterte sich, denn die verlassen Landstriche dienten kriminellen Gruppen als Rückzugsgebiet. Die Konzentration der Regierung auf den Konflikt mit der *Lord Resistance Army* (LRA) im zentralen Norden Ugandas führte zu einer zusätzlichen Vernachlässigung der Friedens- und Entwicklungsarbeit in der Teso-Karamoja-Region.

Aber nicht nur die mangelnde Sicherheit, sondern auch der fehlende Austausch zwischen den Iteso und den Karamojong stellten ein enormes Problem dar. Fehlinformationen und gegenseitige Beschuldigungen schürten ein Klima der Angst und des Misstrauens. Ohne Aus-

tausch in Form von gemeinsamen Gesprächen, Treffen und Projekten war eine Überwindung der Feindschaft undenkbar.

Diese komplexe Problematik bildet den Hintergrund für den Ansatz, das friedliche Zusammenleben zwischen den Iteso und Karamojong durch eine gemeinsame Wiederinstandsetzung von Dämmen zu fördern. Im Jahr 2007 wurden die Dammbauarbeiten vorerst abgeschlossen. Vier Dämme konnten erfolgreich nutzbar gemacht werden.

Neben dem Hauptziel der Friedensschaffung und -sicherung strebt das Programm noch andere Wirkungen und Ziele an. Die gemeinsame Arbeit an den Dämmen dient dem Abbau von Vorurteilen und der Vertrauensbildung als Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Die fertigen Dämme, die als Wasserspeicher für die Rinderherden beider Gruppen dienen, verbessern die Lebensgrundlage in der Region. Die Einbeziehung von lokalen Arbeitskräften und die Vermittlung entsprechender Fähigkeiten, aber auch die enge Zusammenarbeit mit lokalen Politikern und Institutionen, sichert die Nachhaltigkeit des Projektes. Daneben wird auch die Gefahr von Raubüberfällen und gewaltsamen Zusammenstößen vermindert, denn diese werden durch den chronischen Wassermangel in der Region mit verursacht.



Die Friedensinitiative ist unterwegs.



Konfliktgruppen beim regelmäßigen Austausch.

Insgesamt wird die Entwicklung der in der Grenzregion entstandenen Siedlungen voran getrieben. Mit Hilfe der erforderlichen Infrastruktur und den notwendigen Schutzvorkehrungen wird ein dauerhaftes, friedliches Zusammenleben in der Region möglich. Diese positiven Beispiele können auf andere vom Konflikt betroffene Regionen übertragen werden.

Innovativ ist die im Rahmen dieses Programms entstandene Kooperation innerhalb des DED zwischen dem ZFD und dem Schwerpunktsektor Wasser.

Daneben erwies sich die Kooperation der beiden lokalen Partnerorganisationen des DED, die *Teso Initiative for Peace* (TIP) in Teso und die *Omaniman Community Development Initiative* (OCODI) in Karamoja, als essentiell. Mitarbeiter beider Organisationen gehören zu den Hauptakteuren bei der Planung, Umsetzung, Koordinierung und dem Monitoring des Programms.

Rasante Entwicklung der Siedlungen

Zu den größten bisherigen Erfolgen gehört die rasante Entwicklung der Siedlungen in der Projektregion, einem Gebiet, das zwischen dem Jahr 2000 und dem Beginn der Dammarbeiten Anfang 2007 nahezu unbewohnt war. Außerdem konnte eine Schule wiedereröffnet werden. Die Zahl der Anmeldungen neuer Schülerinnen und Schüler steigt stetig.

Iteso und Karamojong können sich mittlerweile im gesamten Projektgebiet ohne Angst bewegen. Angehörige beider Gruppen besuchen gemeinsame Märkte und feiern regelmäßig Feste zusammen.

Die Lebensverhältnisse und die Sicherheitslage haben sich enorm verbessert. Ein eindrucksvoller Beleg ist die wachsende Zahl der Rücksiedler.

Darüber hinaus lässt sich ein Nutzen für die gesamte Region erkennen. Dies zeigt sich vor allem in der Tatsache, dass sowohl internationale Organisationen wie auch Politiker auf Distriktebene ausgesprochenes Interesse an dem Programm bekunden.

Trotz zahlreicher positiver Entwicklungen gibt es gerade im infrastrukturellen Bereich noch viele Probleme. So sind bisher nur eingeschränkt Dienstleistungen für die

Bewohner der Siedlungen vorhanden. Insbesondere die medizinische Versorgung bleibt mangelhaft. Das enorme Bevölkerungswachstum stellt die Wasserversorgung der Menschen vor Probleme. Zwar kann die bereits erwähnte Schuleröffnung als Erfolg verbucht werden, die Entfernung für Kinder aus den Siedlungen in Karamoja ist jedoch beträchtlich.

Nachhaltigkeit und Wiederholbarkeit

Insgesamt zeigen die wachsenden Bevölkerungszahlen in den Siedlungen der Grenzregion und die stabile Sicherheitslage – im Jahr 2007 gab es lediglich zwei bewaffnete Überfälle mit einem zu beklagenden Todesopfer – einen bisher überaus zufriedenstellenden Harmonisierungseffekt mit berechtigter Hoffnung auf Nachhaltigkeit. Es ist wünschenswert, die hier erzielten Erfolge auch auf andere Regionen, die von ähnlichen Konflikten betroffen sind, zu übertragen. Minimalbedingung ist eine ausreichende Sicherheitslage, so dass keiner der involvierten Akteure unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt wird. Es bleibt zu erwähnen, dass das Objekt der gemeinsamen Tätigkeit grundsätzlich austauschbar ist, sofern es den Interessen aller am Konflikt beteiligter Gruppen entspricht. Im vorliegenden Beispiel war eine Instandsetzung von Dämmen aufgrund der Wasserknappheit in der Region sinnvoll. Im Mittelpunkt sollten aber die gemeinschaftliche Arbeit und der ständige Austausch der Konfliktgruppen stehen.

Jan Scholz

Jan Scholz ist Medienwissenschaftler und war von 2007 bis 2008 Entwicklungsstipendiat des DED in Uganda.

Info

Im Videoportal *YouTube* gibt es einen eigenen DED-Kanal. In rund 90 Filmen, unter anderem Projektdokumentationen aus den Partnerländern und Berichten über die Bildungsarbeit des DED in Deutschland, erfahren Sie mehr über die Arbeit des DED im Allgemeinen und den ZFD des DED im Speziellen.

<http://de.youtube.com/user/DEDBonn>

Äthiopien

Konflikte analysieren und transformieren

Die Initiativen sind trotz schwacher Organisationsstrukturen beeindruckend

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) des DED ist in Äthiopien ein noch junges Programm. Im Jahr 2007 wurde das Konzept erstellt, 2008 begann dessen Umsetzung.



Teilnehmer einer Friedensversammlung.

Das Vorhaben zielt darauf ab, Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung auf der föderalen, der regionalen und der lokalen Ebene zu unterstützen und miteinander in Bezug zu setzen. Außerdem arbeitet der DED mit äthiopischen Regierungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen und versucht damit, eine Brückenfunktion zwischen den sich misstrauenden Akteursgruppen einzunehmen. Nicht zuletzt hat sich das Programm das Ziel gesetzt, zu mehr Kooperation, Austausch und Transparenz unter den nationalen und internationalen Organisationen anzuregen.

Derzeit sind vier Friedensfachkräfte und acht einheimische Fachkräfte in den verschiedenen Partnerorganisationen aktiv und arbeiten in Addis Abeba und in zwei weiteren Regionen des Landes. Eine weitere Personalaufstockung ist für das Jahr 2010 geplant.

Fokus liegt auf lokaler Ebene

Der Fokus liegt vorerst auf der lokalen Ebene. Die Bevölkerung Äthiopiens von rund 80 Millionen setzt sich aus über 80 ethnischen Gruppen zusammen. Unter ihnen gehören die circa 16 Millionen Nomaden (in Äthiopien Pastoralisten genannt) zu den marginalisierten Gesellschaftsgruppen. Spannungen zwischen Nomadengruppen und ethnisch aufgeheizte Konflikte an den nationalen Grenzen sind die wesentlichen Felder, die bearbeitet werden. Der ZFD des DED kooperiert mit indigenen und sehr basisnahen Gruppen (Ältestenräten, Jugend, Frauen) und Gemeinden (insbesondere aktiven Friedensgruppen – *Peace committees*) sowie mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) und den lokalen Verwaltungen.



Der Sprecher einer indigenen Pastoralistenorganisation.

© Claudia Roos



Das Plakat macht die Vielfalt der Bevölkerung des Landes deutlich.

Der DED in Äthiopien arbeitet mit der Zweiten Kammer des Parlaments, dem *House of Federation*, und dem *Ministry of Federal Affairs* (vergleichbar einem Innenministerium) zusammen. Auf der regionalen Ebene sind das Regionalparlament, der *Council of Nationalities* und das Büro für Verwaltung und Sicherheit (*Bureau of Administration and Security*). Auf der zivilgesellschaftlichen Seite kooperiert das Programm mit einer regionalen NRO-Dachverbandsorganisation und mit zwei weiteren NRO.

Beispiele zum systemischen Ansatz

Um den systemischen Ansatz des ZFD-Programms greifbarer zu machen, sollen zwei Beispiele dargestellt werden:

Beispiel 1: Derzeit beteiligen der DED und seine Partner sich an den Vorbereitungen zu einer ersten Friedensversammlung der Pastoralisten Äthiopiens. Themen dieser nationalen Friedensversammlung sind die Konflikte unter den einzelnen Gruppen um Weideland und Zugang zu Wasser sowie nationale und internationale Grenzkonflikte.

Die Friedenskonferenz soll soziale und politische Räume schaffen, in denen Vertreter und Vertreterinnen der Pastoralisten sich begegnen können, bei denen gemeinsam diskutiert wird und Beziehungen (wieder)hergestellt werden. Seitens der Pastoralistengruppen werden große Hoffnungen in diese Friedensversammlung gesetzt. Die Partner des ZFD unterstützen die Vorbereitung und Durchführung des Treffens.

© Claudia Roos



Teilnehmer der Friedensversammlung lernen sich kennen.

Beispiel 2: Das *House of Federation* will die Beziehungen zwischen den Regionalstaaten verbessern und Strategien für die Bearbeitung der vorhandenen Grenzkonflikte entwickeln. Es handelt sich oftmals um Ressourcenkonflikte und Territorialfragen, die durch schlechte Regierungsführung und ethnische Zugehörigkeiten angeheizt werden. Begleitet durch die ZFD-Fachkräfte engagieren sich die regionalen Partner des DED in der Gestaltung der Workshops, die jeweils in ausgewählten Städten abgehalten werden. Gemeinsam werden die Ursachen der Konflikte analysiert und Ideen zum Umgang mit diesen gemeinsam diskutiert. Die Ergebnisse sind zum Teil sehr überraschend, da die Vertreter der lokalen Verwaltungen ihre Beteiligung am Fortleben der Konflikte offenlegen.

Die Erweiterung des Programms ist mit der Fakultät Frieden und Sicherheit (*Peace and Security Studies*) an der Universität in Addis Abeba geplant. Ebenfalls sind eine friedensjournalistische Stelle für das *Community-Radio* und eine weitere Stelle für Frieden und Tourismus vorgesehen. Schließlich soll eine indigene Pastoralistenorganisation unterstützt werden, die derzeit durch den ZFD finanziell gefördert wird.

Die Potenziale für Konfliktbearbeitung in Äthiopien sind groß, und die Initiativen sind trotz oftmals schwacher Organisationsstrukturen beeindruckend. Jedoch werden die Rahmenbedingungen für den Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung durch zivilgesellschaftliche Akteure schlechter. Ein sehr restriktives NRO-Gesetz stellt ein nicht unerhebliches Bedrohungspotenzial für das ZFD-Programm dar. Wie erfolgreich es sein kann, wird sich angesichts dieser Herausforderungen zeigen. Der systemische Ansatz und das Zusammenbringen der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure bergen Chancen und Möglichkeiten. Das ZFD-Programm selbst wird auf diese Weise ein Instrument der Konfliktbearbeitung für die übergeordneten Konfliktbereiche.

Claudia Roos

Claudia Roos ist Soziologin und seit 2006 als Koordinatorin des ZFD-Programms des DED in Äthiopien tätig.

Guatemala

Mit vereinten Kräften dem Landverlust begegnen

Über die Arbeit einer Friedensfachkraft

Wir fahren auf einem holprigen Feldweg
über endlos weite Viehweiden,
auf denen vereinzelte Palmen stehen
und ein paar Zebu-Rinder grasen.
Am Wegrand taucht ein längliches
Gebäude auf, in dem Säcke mit Dünger
und Herbiziden zu erkennen sind.



Viehfarm im Petén.

© Markus Zander

Das war bis vor zwei Jahren die Schule von La Carmelita, heute wird sie von den Besitzern der Finca als Lagerhaus benutzt“, erklärt mir Giovanni, „besser, du fotografierst nicht, die mögen es nicht, wenn man seine Nase in ihre Angelegenheiten steckt. Irgendjemand beobachtet uns bestimmt“, warnt er mich.

Giovanni ist der Koordinator des Dialogforums für die Lösung von Landkonflikten im Süden der Region Petén in Guatemala. Wir sind mit José Alberto, unserem Übersetzer, auf dem Weg in das Dorf Río Corrozal, wo wir mit dem Bürgermeister sprechen wollen. Wir haben gehört, dass die Kleinbauern dort dazu gedrängt werden, ihr Land an ein Unternehmen zu verkaufen, das Ölpalmen anbaut. Sowohl Viehzüchter als auch neuerdings die stark wachsende Ölpalmen-Industrie kaufen seit einigen Jahren massiv Land von Kleinbauern im Petén auf. Auch vor offener Gewalt schrecken einige Großgrundbesitzer nicht zurück. „Wenn du nicht verkaufst, dann verhandle ich eben mit deiner Witwe!“, ist eine durchaus ernst zu nehmende Drohung, die viele zum Einlenken bewegt.

Lockende Versuchung

Río Corrozal ist eine kleine Ansammlung verstreut liegender Häuser aus grob geschnittenen Brettern mit Lehm Böden und Palmdächern. Den Bürgermeister haben wir schnell gefunden. Er gehört, wie die Mehrheit der Kleinbauern im Süden des Petén, der Gruppe der Q'eqchi' an, eine der vier größten der insgesamt 23 indi-

genen Bevölkerungsgruppen Guatemalas. Der Bürgermeister erzählt uns, dass von den 28 Familien in Río Corrozal schon 17 ihr Land verkauft haben, allerdings nicht an das Ölpalmen-Unternehmen, sondern an Viehzüchter. Druck habe es dabei keinen gegeben, da die Viehzüchter das etwa Zehn- bis Zwölfwache dessen geboten hätten, was die Bauern vor 15 Jahren für ihr Land bezahlt haben. Dieser Versuchung konnten nur wenige der Landbewohner widerstehen, die mit ihren kargen Mais- und Bohnenfeldern ohnehin kaum mehr als das Nötigste für ihre Familien erwirtschaften.

Es gibt keine genauen Zahlen über das Ausmaß der Landverkäufe von Kleinbauern im Petén, doch vorsichtigen Schätzungen zufolge haben in den letzten acht bis zehn Jahren rund 30 Prozent ihren Boden an Großgrundbesitzer verloren. Ein Mitarbeiter der Landkommission der katholischen Kirche bringt die Misere auf den Punkt: „Wir beraten und begleiten die Bauern, damit sie ihren Titel bekommen. Wenn sie mit dem Dokument in der Hand aus der Behörde kommen, steht da schon einer mit einem Bündel Scheine in der Hand und nimmt es ihnen wieder ab.“

Lokale Initiativen suchen Abhilfe

Angesichts dieser Situation begannen im Oktober 2007 einige der lokalen Organisationen im Süden des Petén gemeinsam darüber nachzudenken, wie dem Phänomen des Landverkaufs durch Kleinbauern und der immer stärkeren Konzentration von Landbesitz in den Händen



Vor kurzem für die Viehzucht gerodetes Gebiet.



Q'eqchi'-Junge auf einer kürzlich brandgerodeten Fläche.

weniger sowie den sich daraus ergebenden Problemen und Konflikten vorgebeugt werden könnte.

Kontakte zum DED bestanden bereits, und Anfang 2008 kam der Gedanke auf, ein Kooperationsprojekt mit dem Programm des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) zu initiieren. Dabei wurde schnell deutlich, dass ein Ansatz, der sich nur oder vornehmlich auf den Aspekt der Konflikttransformation und Bewusstseinsbildung stützt, nicht ausreichend wäre. Angesichts der Komplexität der Situation war es vielmehr notwendig, das Problem von verschiedenen Seiten gleichzeitig anzugehen. Grundgedanke des Kooperationsprojekts ist es, die Kleinbauern bzw. ihre Gemeinden und Basisorganisationen im Vorfeld so zu stärken, dass ihre Verwundbarkeit für die Strategien der Landaufkäufer deutlich sinkt. Außerdem sollen sie dazu in die Lage versetzt werden, auf verschiedenen Ebenen politisch Einfluss zu nehmen und an für sie relevanten Regierungsentscheidungen tatsächlich partizipieren zu können. Das heißt, es müssen auch ökonomische und politische Aspekte mit einbezogen werden, um Bedingungen zu schaffen, die eine Transformation der bestehenden und sich neu entwickelnden Konflikte überhaupt erst ermöglichen.

Gemeinsame Strategie

In der ersten Hälfte des Jahres 2008 fand eine intensive Planungsphase unter Mitarbeit aller beteiligten Organisationen statt. Sie mündete in einen konkreten Vorschlag für eine Entwicklungsmaßnahme mit Beteiligung des ZFD und des DED-Stammprogramms unter dem Arbeitstitel „Projekt zur integralen ländlichen Entwicklung und Konflikttransformation“.

Bei dieser Entwicklungsmaßnahme werden drei thematische Schwerpunkte bearbeitet.

1. Konflikttransformation und Bewusstseinsbildung

Einerseits sollen sowohl Institutionen, die zu Landkonflikten arbeiten, als auch Basisorganisationen in ihren Fähigkeiten zur Analyse, Konfliktbearbeitung und Verhandlung gefördert werden. Andererseits sollen Gemeinden darin unterstützt werden, interne Konflikte zu lösen, um ihren Zusammenhalt zu stärken und sie dadurch weniger anfällig gegenüber den Strategien der Käufer zu machen.

2. Stärkung der kleinbäuerlichen Produktion und Vermarktung

Einkommen und Lebensstandard der Bauern sollen verbessert werden, um die wirtschaftliche Not zu lindern, die viele zum Verkauf ihres Landes veranlasst.

3. Stärkung der kleinbäuerlichen Organisation und ihrer politischen Partizipation

Damit sollen einerseits die Gemeinden in die Lage versetzt werden, eigene Kräfte zu ihrer Entwicklung zu mobilisieren und ihre Forderungen effektiv in den vorhandenen, aber noch nicht funktionierenden politischen Gremien einzubringen. Andererseits zielt dieser Arbeitsschwerpunkt darauf ab, die Kapazitäten der Basisorganisationen der Kleinbauern auszubauen, also die Vertretung und Förderung ihrer Mitglieder in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu stärken.

In die direkte Kooperation mit dem DED sind insgesamt sieben Organisationen einbezogen, die in diesen drei thematischen Feldern arbeiten. Die Kooperation mit dem DED ist dabei nur als eine Komponente in einer gemeinsamen Strategie zu sehen, bei der alle beteiligten Organisationen zusätzliche eigene Anstrengungen unternehmen, um die Problematik zu bearbeiten.

Positive Reaktionen und große Hoffnungen

Während des gesamten Evaluierungs- und Planungsprozesses wurden Vertreter der Kleinbauern aus der Region befragt, wie sie die geplanten Maßnahmen und die damit verbundenen Risiken einschätzen. Ihre Reaktionen waren durchweg positiv. Für viele Kleinbauern ist die Erhaltung ihres Landbesitzes eine Frage des Überlebens. Sie setzen große Hoffnungen in das Vorhaben. Stellvertretend für viele mag der Kommentar eines Bauern stehen: „Wir haben gar keine Alternative und sind bereit, alles dafür zu geben, dass sich diese Situation ändert.“ Diese Bauern nicht zu enttäuschen, ihren Hoffnungen im von extremer Gewalt geprägten Petén realistische Grenzen zu setzen und zugleich ihre Motivation aufrecht zu erhalten, ist eine schwierige Aufgabe. Dieser Herausforderung wollen wir uns gemeinsam stellen.

Markus Zander

Markus Zander
ist Ethnologe
und seit 2005
ZFD-Entwicklungshelfer
des DED in Guatemala.

Guatemala

Für ein würdiges und gerechtes Zusammenleben

Ein Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte

Nach 36 Jahren Bürgerkrieg und dem offiziellen Friedensschluss im Jahr 1996 befindet sich Guatemala im Prozess des Aufbaus demokratischer Strukturen und politischer Institutionalität. Eine effektive Reform der Justiz- und Sicherheitsorgane steht noch aus. Die staatlichen Strukturen sind schwach und weitestgehend ineffizient.



Wandgemälde zum 10. Jahrestag der Übergabe des Berichts der Wahrheitskommission.



Die guatemalteckische Nachkriegsgesellschaft ist durch eine extrem hohe Gewaltrate geprägt. Menschenrechtsverletzungen entstehen heute vor allem durch die Untätigkeit der Justiz und eine immens hohe Straflosigkeit. Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten werden immer wieder eingeschüchtert, bedroht und in einzelnen Fällen auch umgebracht.

Dies ist nicht nur Ausdruck der weit verbreiteten fehlenden ökonomischen und sozialen Möglichkeiten und vorherrschenden Perspektivlosigkeit, sondern auch einer im Krieg eingeübten Kultur der Gewalt. Angst und Misstrauen unter den Menschen erschweren gerade in den Gemeinden ein gemeinsames Eintreten für die Verbesserung der Lebensbedingungen.

Aufbau einer demokratischen Gesellschaft

Die *Pastoral Social* des Apostolischen Vikariats des Petén, Partnerorganisation des DED, ist eine der wenigen Organisationen in der Region, die zu Menschenrechtsfragen arbeitet. Ziel der *Pastoral Social* ist es, einen Beitrag zur Verbesserung der Bedingungen für ein würdiges und gerechtes Zusammenleben unter Einhaltung der Menschenrechte in den Gemeinden zu leisten.

Die zentralen Probleme, die mit Unterstützung des ZFD durch die *Pastoral Social* angegangen werden, sind die kaum vorhandenen Kenntnisse der Bevölkerung über die Menschenrechte, die Gewaltkultur sowie die geringe Effizienz und schlechte Koordination zwischen den staatlichen Institutionen, die für die Aufklärung von Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen zuständig sind. Die verschiedenen Maßnahmen sind darauf angelegt, sich zu ergänzen, da neben der Stärkung der Selbsthilfekapazitäten betroffener Bevölkerungsschichten zugleich eine Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen sowie des gesellschaftlichen Umfeldes erfolgen muss.

Ein Schwerpunkt ist die Verbesserung lokaler Expertise zur Wiederherstellung und Stärkung des sozialen Netzes sowie zur Förderung der gesellschaftlichen Organisation von Selbsthilfe, wodurch der Aufbau einer demokratischeren Gesellschaft von unten gefördert werden soll. Die DED-Friedensfachkraft unterstützt die Partnerorganisation dabei, die Landbevölkerung in ihrer Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und Einforderung ihrer Rechte zu stärken. Ein Schwerpunkt ist die Aus- und Weiterbildung von Menschenrechtsmultiplikatoren in den ländlichen Gemeinden sowie die menschenrechtsbezogene Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Es besteht ein Netz von Multiplikatorinnen, das die Menschen in ihren jeweiligen Gemeinden hinsichtlich ihrer Menschenrechte und -pflichten, der Möglich-



Analyse der Gewaltsituation im Rahmen eines Workshops.



Die Jugendgruppe einer Pfarrgemeinde malt ein Wandgemälde zum 10. Jahrestag der Übergabe des Berichts „Guatemala – Nunca Más“ („Guatemala – Nie Wieder“) der Wahrheitskommission der Katholischen Kirche.

keiten, sich zu organisieren, ihre Interessen zu vertreten und ihre Rechte einzufordern, berät.

Multiplikatoren gewinnen

Eine große Herausforderung besteht darin, Menschen für die Ausbildung als Menschenrechtspromotor zu gewinnen, die in ihren Gemeinden über ein gewisses Ansehen verfügen und sich zugleich verpflichten, regelmäßig an Veranstaltungen teilzunehmen. Andererseits ist die Gestaltung ihres Aktionsfeldes schwierig: Um ihre Kenntnisse anwenden und weitergeben zu können, müssen neben Inhalten auch praktische Fähigkeiten zur Leitung von Gruppen und Durchführung kleinerer Veranstaltungen in ihren Gemeinden vermittelt werden. Zudem sind unterstützende Strukturen und Ressourcen notwendig, damit die ehrenamtlich wahrgenommenen Aufgaben umgesetzt werden können.

Die Zahl der zur Anzeige gebrachten und begleiteten Menschenrechtsverletzungen ist noch immer gering und vor allem auf Fälle innerfamiliärer Gewalt begrenzt. Dies ist auf die Unkenntnis der Rechte als auch auf die Angst vor Repressalien zurück zu führen.

Das Radio erreicht alle

Die Arbeit der Menschenrechtsmultiplikatoren wird durch von ihnen erstellte Radiospots, die in Kooperation mit lokalen Radiosendern ausgestrahlt werden, sowie durch ein Radioprogramm zu Menschenrechtsthemen unterstützt. Letzteres wurde in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit dem lokalen Büro des Menschenrechtsombudsmannes durchgeführt. Durch die Nutzung des Mediums Radio wird auch die ländliche Bevölkerung erreicht und kann für Menschenrechtsverletzungen sowie entsprechende Handlungsmöglichkeiten sensibilisiert werden.

Durch Veranstaltungen an bestimmten Jahrestagen, wie dem „Internationalen Tag der Menschenrechte“ oder dem „Jahrestag der Veröffentlichung des Berichts der kirchlichen Wahrheitskommission“, schafft die *Pastoral Social* öffentliche Diskussionsräume für die Bevölkerung. Dadurch werden einerseits Betroffene auf das Unterstützungsangebot der Organisation aufmerksam, und andererseits wird die *Pastoral Social* in der Öffentlichkeit als wichtiger Akteur des Friedensprozesses wahrgenommen.

Runder Tisch zu Sicherheit und Justiz

Um den Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren zu stärken, wurde im Jahr 2005 ein Runder Tisch zum Thema Sicherheit und Justiz implementiert, an dem Vertreterinnen und Vertreter des Sicherheits- und Justizsektors, der lokalen Regierung, von Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Trägern sowie Repräsentanten der *Consejos Comunitarios de Desarrollo* (Gemeindeentwicklungsräte) teilnehmen. Neben dem gegenseitigen Austausch, der Koordination und der Weiterbildung dient der Runde Tisch auch der gemeinsamen Bearbeitung von Konflikten sowie der Lobbyarbeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Sicherheits- und Justizsektor. Zudem wurde dieses Jahr eine integrale Strategie für Sicherheit und Justiz für die Region Petén erarbeitet.

Die Herausforderungen dieser Arbeit bestehen vor allem in der Motivation der verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern zur aktiven Teilnahme. Einerseits gilt es, die staatlichen Organisationen dafür zu gewinnen, sich für Veränderungen im Justiz- und Sicherheitssektor einzusetzen. Denn solange der politische Wille fehlt, können auch Maßnahmen des *Capacity Development* auf Ebene dieser Institutionen wenig ausrichten. Andererseits muss die Kommunikation und Koordination innerhalb der stark gespaltenen Zivilgesellschaft gestärkt werden, um mit einer gemeinsamen Position und Forderung am Runden Tisch agieren zu können.

Kathrin Weber

Kathrin Weber ist Diplompsychologin sowie Friedens- und Konfliktforscherin und seit 2007 Friedensfachkraft des DED in Guatemala.



Ein dreitägiges Treffen zum Thema Gemeindeorganisation im Petén.

Peru

Eine langsame, aber nachhaltige Annäherung

Der ZFD – einmal von außen betrachtet



Friedensfachkraft Anamaria Silva bei einer Entspannungsübung mit einer von ihr betreuten Selbsthilfegruppe von traumatisierten Frauen im ländlichen Raum Ayacucho.

© Florian Warweg

ZFD. Vor noch wenigen Monaten sagte uns dieses Buchstabenkürzel recht wenig. Eine erste Begegnung mit dem ZFD hatten wir im Rahmen der Moderation der Entwicklungspolitischen Diskussionstage (EPDT) im April 2008 in der Heinrich Böll Stiftung, zu der auch ein Vertreter des ZFD-Konsortiums eingeladen war.

Danach ging es Schlag auf Schlag und jenes Kürzel sollte uns bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr loslassen. Kurz nach den EPDT durchliefen wir im Rahmen der Ausbildung am Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) einen zweiwöchigen Intensivkurs zur zivilen Konfliktbearbeitung. Dem ZFD wurde dabei eine prominente Position eingeräumt. Kurz darauf wurden die Auslandsprojekte des SLE bekanntgegeben, darunter eine DED-Auftragsstudie zur Bewertung des DED-Beitrages zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Peru in den Bereichen Demokratieförderung sowie Ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Auftraggeber waren die Fachgruppe Demokratieförderung sowie der ZFD des DED.

Den ZFD verstehen lernen

Das Interesse war geweckt, und so nahmen wir die Herausforderung an. Während der sechs Wochen Vorbereitungszeit und der drei anschließenden Monate Feldaufenthalt in Peru lernten wir, den ZFD des DED zu verstehen. Auf dieser Basis wollten wir eine Bewertung hinsichtlich des Beitrages des ZFD zur Stärkung der Zivilgesellschaft abgeben.

Ab August 2008 machten wir uns mit der Arbeitsrealität des ZFD vor Ort vertraut. 20 Jahre lang durchlebte Peru von 1980 bis 2000 einen internen Gewaltkonflikt, der hauptsächlich geprägt war durch die Auseinandersetzung zwischen der maoistisch geprägten Guerillaorganisation „Leuchtender Pfad“ und den staatlichen Sicherheitskräften. Unzählige Menschenrechtsverletzungen wurden von beiden Hauptakteuren im Verlauf des Konfliktes vor allem an der ländlichen, Quechua sprechenden Zivilbevölkerung begangen. Am Ende des Konfliktes waren rund 70.000 Todesopfer, eine Vielzahl an Binnenflüchtlings und traumatisierte Betroffene sowie ein auf allen Ebenen geschwächter (Rechts-)Staat zu beklagen.

In Peru zeigte sich uns ein ZFD, der vor diesem Hintergrund auf allen drei Interventionsebenen des Mehrebenenansatzes tätig ist. Vom Justizministerium in Lima über national agierende Nichtregierungsorganisationen (NRO) zum Schwerpunkt Menschenrechte bis hin zu institutionell schwachen Selbsthilfeorganisationen in Ayacucho, jener Region in Peru, die am meisten unter dem Gewaltkonflikt gelitten und die meisten Opfer zu beklagen hatte. Zentrales methodisches Element unserer Untersuchung waren Interviews. Wir führten sie mit dem Koordinator des ZFD, den Friedensfachkräften und den einheimischen Fachkräften des ZFD sowie mit einem Großteil der relevanten Menschenrechtsakteure des NRO- und akademischen Sektors in Lima und Ayacucho. Darüber hinaus begleiteten wir die Friedensfachkräfte vom DED und vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) während ihres Arbeitsalltags, beispielsweise bei der Betreuung traumatisierter Frauen in Selbsthilfegruppen im ländlichen Raum Ayacucho, bei der Begleitung von Familienangehörigen, die Kleidungsstücke aus Massengräbern identifizieren sollten oder bei der beratenden Unterstützung des Registrierungsprozesses von Betroffenen des Gewaltkonfliktes im andinen Hochland, der die Basis für mögliche Entschädigungsleistungen darstellt. Ergänzend nahmen wir an internationalen Fachkonferenzen und Feierveranstaltungen anlässlich des fünften Jahrestages der Aushändigung des Abschlussberichts der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission teil.

Intensiver Einblick

Im Ganzen bekamen wir, angesichts der kurzen Zeitspanne, die wir zur Verfügung hatten, einen recht intensiven Einblick in die Arbeit des ZFD in Peru.

Die Zivilgesellschaft, verstanden als Bereich der gesellschaftlichen Selbstorganisation, wird unserer Einschätzung nach vor Ort vom ZFD durch Dialog- und Austauschforen (zum Beispiel Konferenzen zur Menschenrechtsthematik), die Beratung von Informationsstrukturen (z.B. Info-Radio in Ayacucho) und die Stärkung von Friedensallianzen innerhalb der peruanischen Menschenrechtsorganisationen unterstützt.

© Florian Warweg



Der DED finanzierte die Podiumsdiskussion in Ayacucho anlässlich des fünften Jahrestages der Aushändigung des Berichtes der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission.

Ab dem Jahr 2009 wird der ZFD des DED in Peru ein Pilotprojekt der erweiterten Partneranbindung starten. Die Vorteile des neuen Beratungsmodells liegen unseres Erachtens vor allem in den erweiterten Möglichkeiten der Vernetzung und Etablierung von Friedensallianzen innerhalb der Menschenrechts- und Opferorganisationen und der möglichen gezielten Förderung von auch institutionell schwachen Partnern. Darüber hinaus ist es gerade im Raum Ayacucho in einer Gesellschaft, die tief geprägt ist von einer Kultur des Misstrauens, von zentraler symbolischer Bedeutung, dass die Förderung des ZFD nicht nur einigen wenigen ausgesuchten Partnern zugute kommt, sondern von allen relevanten Akteuren nachgefragt werden kann.

Aus einem für uns relativ unbekannten Instrument mit dem Kürzel ZFD hat sich mittlerweile ein Ziviler Friedensdienst entwickelt, der bei der gesamten SLE-Gruppe bleibende Wirkung und Eindruck hinterlassen hat. Deutlichstes Zeichen hierfür ist wohl die Tatsache, dass beinahe alle SLE-Teammitglieder nach der Erfahrung mit dem ZFD sehr ernsthaft mit der Absicht spielen, ihre berufliche Zukunft im Feld der Zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zu suchen.

Florian Warweg

© Florian Warweg



Gedenkstein als Mahnung an eines der blutigsten Massaker des „Leuchtenden Pfades“.

Florian Warweg ist Politologe und Teilnehmer des 46. Jahrgangs des Seminars Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Auftrag des DED führte er gemeinsam mit Maren Kröger, Stefan Roman, Annelie Scheider und Magda Siedlazcek von August bis Oktober 2008 eine Studie zur Bewertung des DED-Beitrages zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Peru in den Bereichen Demokratieförderung sowie Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung durch.

Peru

„Unsere Zeugen sind alle tot!“

Das ZFD-Engagement dort ansiedeln, wo die Opfer leben

Ein nationales einheitliches Opferregister soll die Grundlage dafür schaffen, dass die Opfer des bewaffneten Konfliktes in Peru der 1980er und 1990er Jahre Wiedergutmachungen erhalten können. Der ZFD unterstützt sie dabei mit verschiedenen Instrumenten, von der Beratung durch Fachkräfte bis hin zu finanziellen Beiträgen.



© Elizabeth Castillo V. COMISEDH

„Unsere Dokumente fielen im Krieg den Flammen zum Opfer!“, klagt eine Betroffene in der ayacuchanischen Provinz Huancasancos.

Wir können kaum glauben, dass ihr tatsächlich gekommen seid!“ Der Dorfvorsteher wundert sich. Zwar hatte sich das 13-köpfige Team zuvor angekündigt, aber man rechnet in Santa Rosa de Anta nicht damit, dass es Fremde wirklich bis in den abgelegenen Weiler in den peruanischen Hochanden mit seinen nur wenigen Dutzend Familien schaffen. Ein paar Stunden später sind 18 Menschen registriert für ihre mögliche Aufnahme in das sogenannte „Einheitliche Opferregister“. Jeder hat die Möglichkeit, seine Version von den oft schon 20 Jahre zurückliegenden Gewalterfahrungen zu berichten. Ein Bogen wird ausgefüllt mit Fragen, wie „Gibt es Zeugen?“, „Gibt es in irgendeiner Form schriftliche Belege, eine Geburtsurkunde oder gar den Ausweis eines Ermordeten?“

Wiedergutmachung vom Staat erhalten

Die 13 jungen Leute, die Santa Rosa de Anta besuchen, sind im Auftrag des staatlichen Reparationsrates (*Consejo de Reparaciones*) unterwegs. Der Reparationsrat hat nur eine einzige, ihm gesetzliche zugewiesene Aufgabe zu erfüllen: Er soll das nationale „Einheitliche Opferregister“ erstellen, das den Opfern des internen bewaffneten Konfliktes, der in den Jahren von 1980 bis 2000 Peru erschüttert hat, die Möglichkeit gibt, vom Staat eine Wiedergutmachungszahlung zu erhalten.

Die Datenerhebung in drei Provinzen Ayacucho wird im Auftrag des Reparationsrates von der Nichtregierungsorganisation COMISEDH (Kommission für Menschenrechte) durchgeführt, die seit dem Jahr 2002 ZFD-Partnerorganisation ist. Der ZFD übernimmt auch ihre Finanzierung.

In den 1980er und 1990er Jahren lag Santa Rosa de Anta mitten im Zentrum des Konfliktes. 1980 war in Ayacucho der Philosophieprofessor Abimael Guzmán mit seinen Anhängern in den Untergrund gegangen und hatte mit seiner „Kommunistischen Partei Perus – auf dem leuchtenden Pfad José Carlos Mariátegui“ den bewaffneten Kampf aufgenommen. Kurz „Sendero Luminoso“, der „Leuchtende Pfad“ genannt, machten die Aufständischen schnell klar, dass sie keine Guerilla etwa nach kubanischem oder nicaraguanischem Vorbild waren. *Sendero Luminoso* forderte absolute Unterwerfung, vermeintlich legitimiert durch die Überzeugung, die Revolution herbeizuführen und aus einem Blutbad eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen.

Die ländliche Bevölkerung in den Bergen Ayacucho sowie in anderen Regionen – vor allem des Andenhochlandes – fand sich zwischen den Fronten wieder. *Sendero Luminoso* erschien in den Dörfern und mordete: Opfer wurden angebliche Verräter, lokale Amtsträger, die nicht

Ingrid Rivero
registriert eine
Konfliktbetroffene in
der ayacuchanischen
Provinz Victor Fajardo.



© Elizabeth Castillo V., COMISEDH



Freddy Huaycha
hilft einer älteren Frau
beim Ausfüllen
des Fragebogens.

© Elizabeth Castillo V., COMISEDH

sofort zur Unterwerfung bereit waren. In einigen Fällen begingen Kommandos des „Leuchtenden Pfades“ in Dörfern regelrechte Massaker. Auch die staatlichen Sicherheitskräfte, die in den Kampf gegen die Aufständischen geschickt wurden, hinterließen vielerorts eine Spur der Gewalt. Die von 2001 bis 2003 tätige staatliche „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ kommt zu dem Ergebnis, dass von insgesamt knapp 70.000 Todesopfern des Konfliktes der größte Anteil Sendero Luminoso zuzuschreiben ist. Für eine geringere, aber doch bedeutende Zahl von Opfern macht die Kommission die staatlichen Kräfte verantwortlich.

Symbolische Anerkennung

Wer in Santa Rosa de Anta zum Opfer des Konfliktes wurde, wer direkte Angehörige verloren, wer verletzt oder vergewaltigt wurde und überlebt hat, wartet schon lange auf eine symbolische ebenso wie eine materielle Anerkennung des erlittenen Leides. Die schlimmsten Jahre der Gewalt waren die 1980er Jahre. Im Jahr 1992 konnte die Polizei die Führungsspitze des Sendero Luminoso verhaften. Es folgten noch acht Jahre unter der autoritären Herrschaft des Präsidenten Alberto Fujimori, in denen keine öffentliche Auseinandersetzung mit den Gewalterfahrungen möglich war. Zu sehr stand der „Kampf gegen den Terrorismus“ im Vordergrund, von rechtsstaatlichen Verhältnissen war das Land weit entfernt.

Eine symbolische Anerkennung des Leides liegt in der Tätigkeit der Wahrheitskommission und in ihrem neunbändigen Abschlussbericht. Aus Zeitmangel unvollständig, ist in dem Bericht das Grauen dokumentiert. Dieses Unterfangen war umso schwieriger, da der Konflikt doch zu einem großen Teil in entlegenen Bergregionen stattgefunden hat. Die Opfer und ihre Angehörigen sind in ihrer großen Mehrheit Bäuerinnen und Bauern, viele sprechen deutlich besser Quechua als Spanisch. Opfer wurden also vor allem diejenigen, die von der weißen, Spanisch sprechenden Gesellschaft in der Hauptstadt Lima vielfach nicht als gleichwertige Staatsbürger wahrgenommen werden.

Die Einsetzung des Reparationsrates ist Folge einer der politischen Empfehlungen, die die Wahrheitskommission 2003 formuliert hatte: Der Staat solle den Opfern des Konfliktes kollektive und individuelle Wiedergutmachung leisten. Der ZFD unterstützt die Initiative dabei in Ayacucho und in der Nachbarregion Apurímac mit Zuschüssen für einheimische Fachkräfte.

Die Hoffnung verlieren

Frustration und Misstrauen sind vielerorts geblieben. In Pongococha, nicht weit von Santa Rosa de Anta, geht ein Raunen des Protestes durch die Menge, als die Mitglieder des Teams ausführlich erläutern, wie wichtig Zeugenaussagen als Beweismittel tatsächlich sind. „All diese Beweise können wir euch niemals bieten“, meint einer der Anwesenden erbost. Ein anderer ergänzt: „Unsere Zeugen sind alle tot. Die Behördenmitarbeiter hier im Ort sind zu jung, um die Ereignisse von damals bescheinigen zu können. All unsere Dokumente fielen im Krieg den Flammen zum Opfer!“ Ein weiterer Betroffener ereifert sich: „Entweder, ihr glaubt uns, was wir sagen, oder wir wollen nichts mit euch zu tun haben.“ Schnell kann der Eindruck entstehen, einmal mehr nicht als Bürger mit allen Rechten ernst genommen zu werden.

Manche haben die Hoffnung verloren. Ein älterer Mann mit von den Jahren zerfurchtem Gesicht reagiert mit Resignation auf das Angebot des Teams, seine Daten für das Opferregister aufnehmen zu lassen. „In ein paar Jahren bin ich schon längst tot“, klagt er. Vor über 20 Jahren hat er seine gesamte Familie verloren, Frau und sieben Kinder, das jüngste gerade mal sechs Jahre alt. „Da habe ich nichts davon, jetzt mit euch zu reden. Lieber bestelle ich mein Feld. Von irgendetwas muss ich ja leben – und zwar heute, nicht erst in einigen Jahren!“

Zehntausende von Datensätzen liegen in der Zentrale des Reparationsrates, viele werden noch hinzu kommen. Auch in der Zentrale in Lima unterstützt der ZFD des DED den Reparationsprozess. Eine Friedensfachkraft nahm Anfang des Jahres 2009 ihre Tätigkeit beim Reparationsrat in Lima auf, um bei der Gestaltung der komplexen Arbeitsabläufe mitzuwirken.

Doch das Engagement des ZFD wirkt vor allem dort, wo die Opfer seit vielen Jahren ihr Leben notgedrungen selber neu organisieren müssen: In den Bergen von Apurímac und Ayacucho, in Pongococha und Santa Rosa de Anta. Wenn der Reparationsprozess dazu führt, dass der peruanische Staat die Gewaltopfer in den Bergen von Ayacucho wirklich wahrnimmt und als solche anerkennt, dann wurde ein Beitrag geleistet zur Bearbeitung der Konflikte der Gegenwart, die ihre Wurzeln in den bewaffneten Auseinandersetzungen der Vergangenheit haben.

Dr. Ulrich Goedeking und Martin Sprenger

© Elizabeth Castillo V., COMISEDH



Nur ein eingehendes
Gespräch mit
den Betroffenen
erlaubt die genaue
Dokumentation
des erlittenen Leides.

Dr. Ulrich Goedeking ist Soziologe und seit 2007 ZFD-Koordinator des DED in Peru. Martin Sprenger ist Politikwissenschaftler und seit 2007 Friedensfachkraft des DED in Peru.

Peru

Bis wann wirst du schweigen?

Der lange Kampf der Frauen im „Museum der Erinnerung“

Nach Ende des bewaffneten Konflikts in Peru von 1980 bis 2000 wurde im Jahr 2001 eine Wahrheitskommission eingesetzt, die im Jahr 2003 ihren Bericht veröffentlichte. Die Wahrheitskommission kommt zu dem Ergebnis, dass 69.280 Menschen umgebracht wurden. Etwa 75 Prozent der Opfer sind der indigenen Bevölkerung zuzuordnen, die in den Anden und dem tropischen Tiefland lebt.



© Kerstin Kastenholz

Das „Museum der Erinnerung“ in Ayacucho.

Der Abschlussbericht gilt mit 8.000 Seiten als einer der umfangreichsten weltweit. In ihm enthalten sind unter anderem eine Vielzahl von Empfehlungen an die Zivilgesellschaft und den peruanischen Staat. Eine der zentralen Empfehlungen bezieht sich auf die Durchführung von Reparationen. Es wird zwischen individuellen, kollektiven und symbolischen Reparationen unterschieden.

Symbolische Reparationen können Erinnerungsplätze, Monumente, Friedens- und Erinnerungsparks und nach den Opfern benannte Straßen sein. Meistens sind es öffentliche Plätze, die neben der Erinnerung auch Orte sein können, an denen Betroffene ihre Rechte (Reparationen) einfordern. „Wir können nicht vergessen, was passiert ist, wir müssen alles tun, damit sich die Geschichte nicht wiederholt. Alle sollen sehen, was in der Zeit der politischen Gewalt passiert ist. Durch Erinnerungsorte, die wir selbst gestaltet haben, werden wir immer an die Personen denken, die wir während des Krieges verloren haben“, betont der 26-jährige Heeder Soto Quispe, Mitglied der Opferorganisation ANFASEP, Bürgerkriegswaise und Kunsttherapeut.

Im Gespräch
mit Besuchern
des Museums.



© privat

Museum der Erinnerung

Angelica Mendoza gründete ANFASEP 1983, als sie ihren Sohn, wie viele andere Mütter auch, im Bürgerkrieg verlor. Die Frauen schlossen sich zusammen, um öffentlich auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Durch ihren gemeinsamen unermüdlichen Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Einberufung der Wahrheitskommission. „Wir forderten die Einrichtung einer Wahrheitskommission. Erst dann fingen wir an, ohne Angst über unsere Vergangenheit zu reden“, sagt Lidia Flores, ANFASEP-Präsidentin.

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahrheitskommission 2003 und mit Unterstützung des DED und seiner Friedensfachkraft Reiner Ort wurden im Oktober 2005 in Ayacucho das „Museum der Erinnerung“ sowie der Erinnerungspark davor eingeweiht. Seitdem kommen täglich Besucher aus verschiedenen Teilen Perus, aber auch aus anderen Ländern. „Mich hat eine ältere Frau von ANFASEP durch das Museum geführt, was mich sehr berührt hat. Ich hatte das Gefühl, den Krieg selbst erlebt zu haben. Es ist ein gutes Bildungsinstrument zur geschichtlichen Aufarbeitung des Bürgerkrieges. Außerdem denke ich, dass es auch für die Opfer selbst befreiend ist, anderen Menschen von ihren Erlebnissen erzählen zu können“, berichtet eine Besucherin.

Durch die Unterstützung des ZFD wurde in den Jahren 2006 und 2007 verstärkt mit Lehrerinnen, Lehrern und Schulklassen sowie Dozenten und Studenten zusammengearbeitet. Das Museum hilft, die Geschichte der politischen Gewalt zu vermitteln, persönliche Erfahrungen auszutauschen und die Jugendlichen aufzuklären. Obwohl Ayacucho in den Zentralanden das Zentrum des Bürgerkrieges war, sprechen viele Überlebende kaum mit der jungen Generation über das, was passiert ist. Selbst Lehrkräfte, die die Geschichte Perus vermitteln sollen, meiden das Thema ihrer lokalen Geschichte.

Die Geschichte des Bürgerkriegs kann jedoch nur nachhaltig aufgearbeitet werden und damit zur Friedensförderung beitragen, wenn sie im Schulunterricht integriert ist. Das Museum stellt eine gute Möglichkeit dar, den historischen Aspekt den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln und mit Zeitzeugen reden zu können.

Friedenstourismus im Museum

Einige wenige Tourismusagenturen haben erkannt, dass es ausländische Touristen gibt, die neben den „schönen Seiten“ des Landes auch die Realität sehen wollen. Dazu gehört der Bürgerkrieg. Die Tourismusagenturen arbeiten hier mit den Mitgliedern von ANFASEP zusammen, um sowohl Gästeführer wie auch Museumsführer aus- und weiterzubilden. So können sie sich mit ihrem Wissen gegenseitig ergänzen. Die meisten Besucher sind in der Regel daran interessiert, von den ANFASEP-Mitgliedern durch das Museum geführt zu werden, die ihnen auch authentisch ihre Geschichten erzählen können.

Das „Museum der Erinnerung“ von ANFASEP kann als Vorreiter für andere Museen der Erinnerung in der Region stehen. Es gilt als Vorbild, wie die Opfer gemeinsam Geschichte aufarbeiten können. Von 2006 bis 2008 wurden vier neue Erinnerungsmuseen in der Umgebung von Ayacucho erbaut (Putacca, Huanta, Totos und Huamanquiquia). Da viele Menschen in den entlegenen Regionen der Anden kaum die Möglichkeit haben, nach Ayacucho zu kommen, sind die vier kleinen Museen eine gute Alternative für eine lokale Geschichtsaufarbeitung.

Diese Museen befinden sich teilweise in abgelegenen Dörfern und dienen der Bevölkerung dazu, eine gemeinsame Geschichte ihres Dorfes öffentlich zu machen, ihre Kinder weiterzubilden und einen Platz zu haben, an dem sie diskutieren und wo sie sich treffen kön-

nen, um für Reparationen zu kämpfen. Hier können die Kinder ihre Eltern fragen, was passiert ist, bevor sie geboren wurden. Hier können Menschen aus unterschiedlichen Regionen mit den Menschen vor Ort reden.

Der Kampf um Reparationen

Heute, knapp sechs Jahre nachdem die Ergebnisse der Wahrheitskommission präsentiert wurden, gibt es eine gesetzliche Grundlage für Reparationen. Es gibt kollektive Entschädigungen in den Andendörfern, und die Opfer des Bürgerkrieges erhalten einen erleichterten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Außerdem bekommen sie Stipendien für die Universität. Die in Gang gesetzten Reparationen sind in den Augen der Opfer jedoch nicht genug. Heeder Soto Quispe spiegelt die Sichtweise der meisten Opfer wieder: „Wenn alle Täter im Gefängnis sind, dann können wir vielleicht Gerechtigkeit finden, aber nicht vorher. Wie kann ich mich mit einer Person versöhnen, die meinen Vater getötet hat? Die Täter müssen erkennen, was sie getan haben und sehen, dass es ein Fehler war. Die Menschen müssen diesen Weg gehen. Gehen sie ihn nicht, werden sie nicht daraus lernen, und auch die ganze Gesellschaft wird nicht daraus lernen.“

Neben den Reparationen sind Wahrheit und Gerechtigkeit zentrale Forderungen der Opfer. Unter Gerechtigkeit verstehen sie, dass die Täter verurteilt werden. Unter Wahrheit verstehen sie, dass die Geschichte aufgeklärt wird. Sie wollen wissen, was mit den Vermissten und Toten passiert ist oder wo sie sind. Damit fordern sie, dass Exhumierungen durchgeführt werden und sie die Chance haben, ihre Familienmitglieder zu begraben. Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, werden die Frauen auch weiter mit ihren Plakaten durch die Straßen ziehen und ihre Rechte einfordern.

Kerstin Kastenholz

Kerstin Kastenholz ist Diplom-Geografin und war von 2006 bis 2007 Entwicklungsstipendiatin des DED in Peru. Seit 2007 arbeitet sie als Friedensfachkraft des DED in Kambodscha.

© Kerstin Kastenholz



Durch den unermüdlichen Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit leisten ANFASEP-Präsidentin Lidia Flores und ihre Mitstreiterinnen einen wichtigen Beitrag zur Errichtung der Wahrheitskommission.

© privat



DED-Entwicklungsstipendiatin Kerstin Kastenholz begleitet den Workshop, in dem es um die Aufarbeitung der Geschichte geht.

Ecuador

Noch kein Grund zum Feiern

Ist eine indigene Einheit in der Vielfalt des Amazonas-Regenwaldes möglich?



Das ecuadorianische Amazonastiefland.

Kinder spielen
im Regenwald.
Nach offiziellen Zahlen
verschmutzten
500 Barrel Rohöl etwa
35.000 Hektar davon.

© Volker Frank



© Volker Frank

Ecuador besteht aus drei großen Naturräumen: dem Küstenstreifen (Costa), dem Andenhochland (Sierra) und dem Amazonasgebiet im Osten (Oriente). Rund ein Drittel der Bevölkerung des Amazonas-Gebietes, etwa 160.000 Menschen, gehören einem der zehn dort vertretenen indigenen Völker mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Lebensweisen an. Die (Tiefland-)Quichua und die Shuar machen gemeinsam bereits an die 90 Prozent der indigenen Bevölkerung aus. Die meisten anderen Völker – wie die Cofan, Haorani, Secoya und Zapara – kommen nicht über 1.000 Mitglieder.

Die Vielfalt der indigenen Völker im ecuadorianischen Amazonastiefland spiegelt sich auch in deren uneinheitlichen Positionen zur Erdölförderung auf ihren Territorien wider.



© Volker Frank

Das Unternehmen
Texaco hat Ecuador
längst verlassen,
doch die Auswirkungen
seiner Aktivitäten
auf die Umwelt
sind bis heute sichtbar.

Die Erdölproblematik im Amazonasgebiet

Über 95 Prozent des ecuadorianischen Erdöls stammt aus dem Amazonastiefland. Im Jahr 1967 errichtete Texaco dort den ersten Förderturm in der Provinz Sucumbíos nahe der Grenze zu Kolumbien. Inzwischen ist der Großteil des Amazonasgebiets, das fast die Hälfte des Landes ausmacht, in Erdölfelder aufgeteilt. Sechzehn Unternehmen sind im Besitz von staatlichen Konzessionen, unter ihnen das staatseigene Unternehmen Petroecuador. Bislang wird nur im Norden des Amazonasgebiets Erdöl gefördert. Im Zentrum liegen die Erdölfelder, die sich in der Explorationsphase befinden; im Süden steht die Konzessionsvergabe durch die Regierung noch an.

Sie ist daran interessiert, die Erdölförderung voran zu treiben. Schließlich ist Ecuador von den Deviseneinnahmen aus diesem Sektor abhängig: Rund ein Drittel des Staatshaushaltes wird aus dem Geschäft mit dem „schwarzen Gold“ finanziert. Auch das Gesundheits- und Erziehungssystem würde ohne diese Einnahmen zusammenbrechen. Und die sozialen Fortschritte, die die Regierung unter Rafael Correa 2007 versprochen hat, können nur schwer ohne die Steigerung der Deviseneinnahmen erreicht werden.

Die Erdölförderung verursacht aber auch eine Reihe von negativen Umweltauswirkungen. Das Anlegen von Auffangbecken für erdölverschmutztes Wasser ist eine davon. Ein weiteres Problem ist der Transport des Rohstoffs. Eine Beschädigung der Ölpipelines im Jahr 2006 führte zu einem der bislang schwerwiegendsten Unfälle

© Volker Frank



© Volker Frank



im Naturreservat Cuyabeno. Nach offiziellen Zahlen verschmutzten 500 Barrel Rohöl etwa 35.000 Hektar unberührten Regenwalds. Die danach angestregten Untersuchungen ergaben, dass zwischen 2001 und 2003 fast 500 solcher Unfälle geschehen waren.

Ein weiteres Problem ist der Straßenbau, der mit der Erdölproduktion einhergeht. Schätzungen zufolge hat allein das Konsortium *Texaco-Gulf* ein Straßennetz von 500 Kilometern im Urwald angelegt. Der Straßenbau führt zu erhöhter Einwanderung in bislang nur von indigenen Völkern bewohnte Gebiete, zu einer verstärkten Abholzung der Wälder und einem Vordringen der Landwirtschaft. Rund eine Million Hektar Tropenwald wurden seit dem Jahr 1972 von Siedlern in Besitz genommen.

Unübersichtliche Umweltkonflikte

Die Konflikte um die Erdölförderung im ecuadorianischen Amazonasgebiet sind komplex. Die Interessen einer Vielzahl von Akteuren stoßen dort aufeinander. Indianische Ureinwohner, mestizische Siedler, Umweltorganisationen, nationale und internationale Aktionsgruppen, staatliche Akteure, transnationale Unternehmen sowie multi- und bilaterale Entwicklungsorganisationen und nationale Nichtregierungsorganisationen tragen zu einem unübersichtlichen Interessengemenge bei.

Zudem unterscheiden sich die indigenen Völker im Regenwald Ecuadors teilweise erheblich voneinander, nicht nur sprachlich und kulturell. Auch ihre Geschichte, ihre Lebensbedingungen und ihre Einbindung in die moderne Gesellschaft sind unterschiedlich. In einigen Landesteilen gibt es Auseinandersetzungen unter den indigenen Organisationen um die Kontrolle über ihre Territorien.

Stärkung der indigenen Organisationen

In Koordination mit der ecuadorianischen Partnerorganisation *Fundación Futuro Latinoamericano* (FFLA) unterstützt der ZFD des DED in Ecuador seit Januar 2007 den Dachverband der indigenen Völker des ecuadorianischen Amazonasgebiets CONFENIAE. Das Ziel der Zusammenarbeit war, den Austausch unter den indigenen Völkern zu fördern, so dass diese zu einer gemeinsamen eigenen Position hinsichtlich der Ansiedlung der Erdölindustrie in ihren Territorien gelangen.

Das Ergebnis des Dialogprozesses überstieg die Erwartungen. Die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung durch die Regierung Rafael Correa motivierte die Erarbeitung eines Vorschlags, der die Erklärung Ecuadors als Vielvölkerstaat, das Vetorecht der indigenen Völker bei der Ansiedlung von Erdöl- und Bergbauindustrie und die Anerkennung eigenständiger Verwaltungsformen in den indigenen Territorien einforderte. Im Januar 2008 verabschiedeten die Teilnehmenden der Jahresversammlung der CONFENIAE dieses Positionspapier und bildeten eine Kommission, die den Auftrag hatte, bei der Verfassungsgebenden Versammlung Lobbyarbeit zu betreiben. Der Präsident der CONFENIAE, Domingo Ankuash, sprach von einem historischen Moment: „Bislang wurden die indigenen Völker des Amazonasgebiets von den Politikern ignoriert. Es wurden Gesetze für die Region verabschiedet, ohne uns überhaupt zu fragen. Zum ersten Mal haben wir die Möglichkeit, in einen Dialog zu treten. Wir wollen diesen Dialog nutzen, um unseren Vorschlag in die neue Verfassung einzubringen.“

Ab Januar 2008 wurden die Forderungen mit den Basisorganisationen diskutiert und in den regionalen Dialogrunden der Verfassungsgebenden Versammlung vorgestellt. Die CONFENIAE erreichte die Unterstützung einer Reihe von Mitgliedern der Verfassungsgebenden Versammlung – und im neuen Verfassungstext wird Ecuador als Vielvölkerstaat anerkannt. Außerdem ist die Möglichkeit von territorialen Regierungsformen vorgesehen. Zwar wurde das Vetorecht nicht in das ecuadorianische Grundgesetz aufgenommen, aber zumindest das Konsultationsrecht verstärkt.

„Wir sehen die Resultate in der Verfassungsgebenden Versammlung durchaus positiv“, meint der Shuar-Indianer Ankuash heute, „aber wir haben keinen Grund zu feiern. Bislang stehen die neuen Bestimmungen nur auf dem Papier. Wir müssen weiter unsere Organisationen und unsere Einheit stärken, um unsere Rechte geltend machen zu können.“

Volker Frank

Pipelines, durch die das „schwarze Gold“ fließt, bestimmen das Dorfleben.

„Wir haben noch keinen Grund zu feiern!“ Angehörige des Volkes der Haorani bringen ihren Protest zum Ausdruck.

© Volker Frank



Volker Frank ist Soziologe und Diplom-Entwicklungspolitologe und arbeitete in den Jahren 2001 bis 2004 für den ZFD des DED in Ecuador. Seit Juni 2007 ist er erneut als Friedensfachkraft für den DED in Ecuador tätig.

Ecuador

Mit Spiel und Spaß gegen Gewalt

Erinnerungen einer Friedensfachkraft an ihre Arbeit im Bildungssektor

Am Infostand von SERPAJ
am „Tag des Migranten“
auf der Plaza
San Francisco in Quito.



© Andrea Müller

Am Anfang stand die Frage: Wie kann ich dazu beitragen, dass sich ecuadorianische Lehrer und Lehrerinnen freiwillig in einem Netzwerk für Friedenserzieher engagieren?

Sie stellte sich mir, als ich als Entwicklungsstipendiatin des DED im Juli 2007 zum ersten Mal im Büro „meiner“ Partnerorganisation, der Menschenrechtsorganisation *Servicio Paz y Justicia* (SERPAJ-E), in der ecuadorischen Hauptstadt Quito eintraf. Die nächsten zwölf Monate sollte ich für das Institut für Friedenserziehung (IDEPAZ), das innerhalb der Organisationsstrukturen von SERPAJ tätig war, das Netzwerk der Friedenserzieher ins Leben rufen und im Bereich Wissensmanagement arbeiten.

Kultur des Friedens fördern

Ich wusste bereits, dass mein Mentor Alejandro Christ als Friedensfachkraft des ZFD des DED seit 2005 die Partnerorganisation dabei unterstützt, Elemente der Friedenspädagogik in die Schulen Ecuadors zu tragen, um der auf allen gesellschaftlichen Ebenen zunehmenden Gewaltbereitschaft „von der Schulbank aus“ entgegen zu wirken. Zielgruppe waren die Lehrerinnen und Lehrer des staatlichen Schulsystems, denen pädagogische Fähigkeiten vermittelt werden sollten und die zu-

dem geeignet sind, eine Kultur des Friedens in den Schulen zu fördern. Zuerst wurde mit 15 Pilotschulen in Quito, Ibarra und Guayaquil gearbeitet, später kamen weitere 20 Schulen im Kanton San Lorenzo an der Pazifikküste – finanziert durch ein Projekt der Europäischen Union (EU) – hinzu.

Im Februar 2005 hatte sich auf Initiative von IDEPAZ das nationale Netzwerk für Friedenserzieher gegründet. In der Hauptsache bestand es aus ehemaligen Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Workshops. Bis zur Aufnahme meiner Tätigkeit fehlten dem Netzwerk Struktur und Eigendynamik.

© Andrea Müller



Bild eines Mädchens aus der fünften Klasse zum Thema „Nein zu Gewalt“.

Friedenskultur im Klassenzimmer

Zuerst besuchte ich in einigen Schulen in Quito den Grundkurs Friedenspädagogik, der von SERPAJ angeboten wurde. Dadurch lernte ich die Arbeitsphilosophie von SERPAJ praktisch kennen: „fühlen – denken – handeln“. Ausgehend von dieser Methodik beginnt jeder Kurs mit einer körperlichen Übung, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch bewusstes Erleben zu sich selbst führen soll. Unter anderem werden Themen wie Identität, Selbstachtung und Konflikte behandelt. Es ist verblüffend, wie die Übungen die Menschen verändern – oft schon nach einem Tag – und zudem bewirken, dass autoritäre, unnahbare Menschen sich umarmen und aufeinander zugehen. Der zweite Teil des sechstägigen Kurses dient der theoretischen Annäherung der vorangegangenen Aspekte sowie der Behandlung friedenspädagogischer Themen, wie aktives Zuhören, aktive Gewaltlosigkeit und der Friedenskultur im Klassenzimmer.

Da ich nun schon einige der Pilotschulen in Quito kannte, begann ich, diese lokalen Schulen zu Veranstaltungen einzuladen und in bestehende SERPAJ-Kampagnen mit einzubeziehen. So wurden sie zum Internationalen Tag der Gewaltfreiheit, zu einer Gedenkfeier sowie am 30. Januar 2008 (Gandhis Todestag) zu einer von SERPAJ organisierten öffentlichen Veranstaltung eingeladen. Ebenfalls nahmen vier der Pilotschulen an der Kampagne „Mambrú no va a la guerra“ gegen Gewalt verherrlichendes Spielzeug und am Tag der Menschenrechte an der Aktion „Wir malen den Frieden“ teil.

Während der Kampagne wurden an den Pilotschulen Workshops zum Thema Kooperationsspiele angeboten. Ein Kollege von SERPAJ und ich zeigten den Lehrern, wie sich spielerisch und effizient Lerninhalte vermitteln



Lehrerinnen und Lehrer während eines Treffens ihres Netzwerks.

© Andrea Müller



Schon die Kleinen lernen spielerisch, mit Friedenspädagogik umzugehen.

lassen. Wir ermutigten die Lehrer auch, Spiele anzuleiten. In Ecuador wird der klassische Unterricht an öffentlichen Schulen immer noch frontal und sehr autoritär gehalten. Die meisten Lehrer begegneten diesen neuen pädagogischen Praktiken positiv. Viele berichteten später, dass sie Spiele und Atemübungen in ihrem Unterricht angewendet hätten. Zwei Schulen in Quito nahmen die Themen Gewalt und Gewaltfreiheit auch noch einmal als Unterrichtseinheit auf und vertieften sie mit Collagen und Bildern.

Ein Problem des staatlichen Schulsystems in Ecuador ist jedoch die Finanzierung. So kam bei jeder Veranstaltung erschwerend hinzu, dass entweder Fahrtkosten für die Kinder aufgebracht werden mussten oder die Schule nicht teilnehmen konnte.

Aktuell hat jedes lokale Netzwerk eine Jahresplanung und entwickelt sich mit Unterstützung von IDEPAZ weiter. Das ecuadorianische Bildungsministerium ist daran interessiert, verschiedene Materialien von SERPAJ für die staatlichen Schulen zu nutzen.

Andrea Müller

Andrea Müller ist Sozialpädagogin und war von 2007 bis 2008 Entwicklungsstipendiatin des DED im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in Ecuador.

Bolivien

Die Vision von Frieden und Freiheit verwirklichen

Konfliktanalyse als Basis für eine langfristige Strategie der Friedensentwicklung

„Wir kämpfen dafür,
dass wir alle frei sein werden“,
sagt Felix Baranda.
Er ist einer der lokalen
indigenen Führer
im Landkreis Cuevo
der Chaco-Region,
wo das Volk der Guarani
gegen die jahrzehntelange
Schuldknechtschaft aufbegehrt.



© Thomas Oberfrank

Angehörige des Volkes der Guarani wünschen sich für die Zukunft mehr Frieden und Freiheit.

Mit diesen Zukunftsvisionen kann Daniel Lopez, Bürgermeister des benachbarten Landkreises Huacareta, nicht viel anfangen. Der Angehörige einer alteingesessenen Großgrundbesitzerfamilie sagt: „Die Guarani sind arm und werden nicht immer angemessen bezahlt. Aber das heißt noch lange nicht, dass man von sklavenähnlichen Verhältnissen sprechen kann.“ Lopez behauptet sogar: „Eigentlich gibt es hier keine Konflikte, vielmehr leben Mestizen, Guarani-Indigene und Kleinbauern friedlich zusammen.“

Landverteilung und Zwangsarbeit

Unterschiedlicher könnten die Positionen und Wahrnehmungen zum Thema Landverteilung und Zwangsarbeit in den Landkreisen Cuevo und Huacareta der Chaco-Region nicht sein. Im Rahmen des ZFD-Programms „Förderung von Dialogstrukturen zwischen indigenen und nicht-indigenen Bevölkerungsgruppen“ kam der DED im Februar 2008 in einer umfangreichen Analyse zu der Schlussfolgerung, dass eine gewaltsame Eskalation des Konflikts um die Schuldknechtschaft der Guarani-Indigenen kurz bevorstehe. Grund für die Annahme: Die Regierung des indigenen Präsidenten Evo Morales plante zu diesem Zeitpunkt eine entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer.

Die Vorhersagen des DED bewahrheiteten sich bereits zwei Monate später, als die Regierung in der Region Alto Parapeti, wo noch feudalistische Landbesitz- und Arbeitsverhältnisse herrschen, Land zu vermessen begann. Die Grundbesitzer und ihre Alliierten aus den traditionellen Eliten der bolivianischen Tieflandregionen blockierten daraufhin wochenlang Straßen, zettelten gewalttätige Scharmützel an, starteten eine aggressive Medienkampagne und brachten die von der Nationalregierung betriebene Umverteilung von Land zum Erliegen.

Starke politische Polarisierung

Für die Analyse dieser Konfliktsituation hatte der DED erstmals im ZFD-Kontext den Ansatz des *Peace and Conflict Assessment* (PCA) benutzt. PCA führt die bisherigen Methoden der konfliktensiblen Planung und Steuerung von Entwicklungsvorhaben in einem einheitlichen Rahmen zusammen. Empfohlen wird das Verfahren vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für bereits laufende Vorhaben in Ländern mit einem erhöhten Bedarf an Krisenprävention und für neue Projekte, die Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zum Hauptziel haben. In Bolivien wurde PCA angewandt,

weil die Regierung unter Evo Morales einen umfangreichen Transformationsprozess eingeleitet und damit den Konfliktkontext stark verändert hatte. Die starke politische Polarisierung im Land machte eine Anpassung des ZFD-Programms notwendig.

PCA verknüpft eine tief gehende Konfliktdynamik systematisch mit der strategischen Planung von Maßnahmen der Konflikttransformation auf der Basis von sogenannten *Peace Building Needs*. Bestandteil der Analyse sind die Positionen, Interessen und Bedürfnisse der Akteure, die Konfliktdynamik, strukturellen Ursachen, eskalierenden Faktoren und Friedenspotenziale. Die *Peace Building Needs* beschreiben die Gesamtheit aller Veränderungen, die in einem lokalen Kontext, einer Region oder einem Land zur friedlichen Konflikttransformation notwendig sind. Dazu kann die Überwindung struktureller Konfliktursachen, der Aufbau von Mechanismen der zivilen Konfliktbearbeitung, wie auch die Veränderung der Verhaltens- und Wahrnehmungsmuster der Konfliktparteien gehören.

Bolivianischer „Konfliktalltag“

PCA hilft, effektive und flexible Maßnahmen der Friedensentwicklung im komplexen Gewebe der Konflikte zu identifizieren. Im Fall des oben genannten Beispiels bedeutet das ein paralleles und komplementäres Ansetzen bei Regierungsstellen, dem Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen, indigenen Organisationen, dem nationalen Ombudsmann, lokalen Nichtregierungsorganisationen und kommunalen Verwaltungen zur Förderung von Friedensallianzen. Es wird überlegt, auch die Vertreter der Grundbesitzer und die der Unterstützergruppen einzubeziehen.

Nach den Krisensituationen von April bis Mai und im September 2008 ist bis zur Volksabstimmung über die neue Verfassung im Januar 2009 wieder der normale bolivianische „Konfliktalltag“ eingeleitet. Die Regierung hat mittlerweile wieder die Landvermessungen im Landkreis Cuevo aufgenommen, diesmal unterstützt durch massiven Polizeischutz. Mit der Enteignung und Umverteilung des Landes sind die *Peace Building Needs* im komplexen Konflikt zwischen indigener und nicht-indigener Bevölkerung nicht erfüllt. Die Vision eines friedlichen und interkulturellen Zusammenlebens und der umfassenden Geltung der Menschenrechte rückt zu-

© Thomas Oberfrank



Ein Vertreter der Guaraní-Organisation spricht während eines PCA-Planungsworkshops.

gunsten einseitiger politischer Weichenstellungen und eingeübter Polarisierungslogik in den Hintergrund. Doch dies wird den langfristigen, integralen und allparteilichen Ansatz des ZFD-Programms nicht entmutigen.

Zurzeit wird in Bolivien vom DED und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eine Systematisierung in Bezug auf die Lernerfahrungen der ersten PCA-Anwendungen durchgeführt. Von Interesse ist, welche Möglichkeiten und Grenzen der PCA-Ansatz beinhaltet, wie PCA an die verschiedenen Bedürfnisse angepasst ist und wie das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen optimiert werden kann.

Thomas Oberfrank

Thomas Oberfrank ist Soziologe und seit 2008 ZFD-Koordinator des DED in Bolivien.

Die vollständige PDF-Datei der Broschüre „Familias Guaraní Empatronadas – Análisis de la Conflictividad“ (in spanisch) finden Sie unter <http://www.cebem.org/admin/cmsfiles/archivos/analisis-de-conflictividad-40.pdf>



Inland

Neujahrsempfang des Bundespräsidenten

© Jörg Görigk



→ Bundespräsident Horst Köhler und seine Frau Eva Luise Köhler empfangen auch DED-Geschäftsführer Jürgen Wilhelm am 13. Januar im Schloss Bellevue in Berlin. Dem DED wünschten sie dabei alles Gute.

Veranstaltungen

Internationales Symposium zum Zivilen Friedensdienst (ZFD) in Berlin

→ Unter dem Titel „Erwartungen – Erfahrungen – Visionen“ möchte der Weltfriedensdienst e.V. einen intensiven Austausch initiieren, der – inhaltlich wie methodisch – ausgetretene Wege verlässt und Raum für neue Sichtweisen und Ideen bereithält. Im ZFD werden auf vielfältige Weise Konflikte bearbeitet. Auf der Tagung vom 4. bis 6. März 2009 reflektieren und erproben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einige dieser Methoden selbst. Die Teilnahme an dieser Veranstaltung ist kostenfrei. Mittag- und Abendessen sind inklusive, die Kosten für Reise und Unterkunft tragen die Teilnehmer selbst.

Info:

fachtagung@wfd.de
www.wfd.de

Benin-Treffen 2009



→ Für alle ehemaligen Entwicklungshelferinnen und -helfer findet vom 19. bis 21. Juni 2009 das Benin-Treffen am Ruppiner See nordwestlich von Berlin statt.

Info:

oguah-kehrer@t-online.de
 Telefon 0 30 / 6 93 89 71

Literatur

Authentische Schilderungen mit hoher Aktualität

► „Menschen, Kamele und Götter aber sind alle gleich.“ Diese Philosophie lernt der 30-jährige Fritz Mühlenweg von seinem Freund Märin, einem Mongolen. Mühlenweg stellt in seinen Reiseerzählungen das Empfinden und Denken der Menschen in den fast endlosen Steppen- und Bergregionen im Inneren Asiens vor. Seine Geschichten sind Zeitkapseln, denn der Forscher und spätere Künstler machte seine Erfahrungen vor 80 Jahren.

Als Mitglied der letzten der bis heute legendären Expeditionen von Sven Hedin erlebte er eine Gesellschaft, die noch nicht von der Technisierung und den Denkweisen der Moderne berührt war. Da er sich die mongolische Sprache angeeignet hatte, gelangen ihm einzigartige Einblicke in die dortige Kultur. Mühlenweg tritt dabei als Beobachter sowie Freund und nicht als Abenteurer, Lehrer oder Spötter auf. Dadurch gewinnen seine Geschichten einzigartige Spannung und Rhythmus.

Seine authentischen Schilderungen rufen noch heute zum Nachdenken auf und appellieren an ein vorurteilsfreies Annähern an Fremdes. Mühlenfeld wusste damals allerdings auch, dass die überlieferte Welt der Mongolen vor einem Umbruch stand: „Man weiß, dass es verkehrt wäre, gegen den Strom der Zeit zu schwimmen.“

Im aktuellen kleinen Sammelband sind neun einfach nur als schön zu bezeichnende Geschichten Mühlenwegs zusammengefasst, hinzu kommt eine Vorstellung des Autors in einem Nachwort.

*Frank Wiesemann, DED-Entwicklungshelfer
von 2005 bis 2008 in Indonesien*

Fritz Mühlenweg:
Mongolische Reisen,
Unionsverlag, Zürich 2007,
188 Seiten,
8,90 Euro (Taschenbuch)



» **Gewinnen Sie ein Exemplar**
Postkarte mit Stichwort „Mongolei“
bis 31. März 2009
an DED-Redaktion,
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn.
Alle Einsendungen nehmen teil,
der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Kaleidoskop des Grauens



► Rund ein Viertel der Bevölkerung Kambodschas starb zwischen 1975 und 1979 unter der Schreckensherrschaft der Roten Khmer, dreieinhalb Millionen Einwohner und Einwohnerinnen wurden zur Zwangsarbeit aufs Land deportiert. Noch immer beherrschen Apathie, Misstrauen und Gewalt das Land. Der Journalist Alexander Goeb besuchte auf zahlreichen Reisen die Stätten der Gräueltaten, die *Killing Fields* und das Foltergefängnis *Tuol Sleng* und sprach mit Opfern und Tätern des Geno-

zids. Anlässlich des zweiten Tribunals gegen die ehemaligen kommunistischen Machthaber beleuchtet er in Reportagen, Berichten und Interviews verschiedene Abschnitte des Terrors und des Traumas. Dabei bleibt er an einigen Stellen etwas oberflächlich. Der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Themenkomplexen wird nicht immer deutlich. Die Analyse des Geschehens tritt gegenüber der Beschreibung zurück. So entsteht ein zwar eindruckliches, aber unvollständiges und teilweise auch unverständliches Bild der jüngeren Geschichte des Landes.

Daniela Hebl, weltweit mit dem DED

Alexander Goeb:
Kambodscha. Reisen in einem traumatisierten Land,
Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt 2007,
166 Seiten, 14,90 Euro

» **Gewinnen Sie ein Exemplar**
Postkarte mit Stichwort „Killing Fields“ bis 31. März 2009
an DED-Redaktion, Tulpenfeld 7, 53113 Bonn.
Alle Einsendungen nehmen teil,
der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Kubanische Familienchronik

► Eine Familiensaga und zugleich die private Geschichte der kubanischen Revolution von 1959 bis heute erzählt das neue Werk der Autorin Eva Karnofsky. Hortensia bringt in der Silvesternacht 1959 in einer ärmlichen Bauernkate ihre dritte Tochter Chachi zur Welt, während bärtige Revolutionäre Diktator Batista vertreiben. Sie ahnt noch nicht, welch turbulente Zeiten das Schicksal und die Revolution für ihre Familie bereit halten. Nie hätte Hortensia zu hoffen gewagt, einmal ihre drei Mädchen auf die Schule schicken zu können. Dank Fidel Castro und seinen

Compañeros gelingt es der armen Familie, aus dem Schattendasein der Hungerlöhner herauszutreten. Gerade die jüngste Tochter Chachi verdankt der Revolution nicht nur ihr Leben, ihre Karriere

als Ballerina und ihr Stipendium in Moskau, sondern auch ihren Tod. Die Familie muss für ihr kleines Glück schließlich einen hohen Preis zahlen.

Red.

Eva Karnofsky:
Die Straße der Tugenden.
Eine kubanische Familienchronik,
Horlemann Verlag, Bad Honnef 2008,
350 Seiten, 19,90 Euro



Mikrokosmos Krankenhaus

► Ein engagierter, autobiographischer Erlebnisbericht des angehenden Mediziners und Autors, der während seiner Ausbildung in mehreren großen Kliniken Südafrikas gearbeitet hat. Sympathisch ist die „Eine-Welt-Sicht“ des Autors: So werden gesundheitliche Probleme in seinem Herkunftsland Deutschland aus der Perspektive Südafrikas betrachtet und die Verhältnismäßigkeit der medizinischen Interventionen *hier* im Verhältnis zum Notwendigen *dort* diskutiert.

Das Buch ist kein klassisches HIV/AIDS-Buch. Die HIV-Epidemie und die ganze Bandbreite der sozialen und wirtschaftlichen Probleme dieses widersprüchlichen Landes dienen vielmehr als Hintergrund für das alltäglich Erlebte im Mikrokosmos Krankenhaus. Dabei schießt der Autor manchmal über das Ziel hinaus: Das Unverständnis für den Arbeitsethos des Krankenhauspersonals verlässt den persönlichen Erfahrungsbericht und wird zu einer Beurteilung, die ohne Hintergrundaufleuchtung auskommen muss.

Julia Ilse, DED-Entwicklungshelferin in Burkina Faso

**Sebastian Spinner: „Schlimmer als H5N1!
HIV/AIDS und andere Bürden des neuen Südafrika“,**
latros Verlag, Dienheim 2007, 180 Seiten, 10 Euro.

Der Erlös des Buches kommt der Spatzennest-Aidshilfe e.V. zugute, die eine HIV/AIDS-Einrichtung für Kinder und Familien in Johannesburg / Südafrika unterstützt.



» **Gewinnen Sie ein Exemplar**
Postkarte mit Stichwort
„Krankenhaus“
bis 31. März 2009
an DED-Redaktion,
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn.
Alle Einsendungen
nehmen teil,
der Rechtsweg
ist ausgeschlossen.

Das magische Herz Afrikas

► Er habe, sagt Jean-Marie Gustave Le Clézio, Literaturnobelpreisträger von 2008, in seinem Leben nur eine wirkliche Reise gemacht: Sie führte ihn als Kind nach Afrika, in eine Welt, die ihn mit ihren fremden Lebensformen, den exotischen Gerüchen und Farben in ihren Bann zog und nie wieder loslassen sollte. Es war gleichzeitig eine Reise zu seinem Vater, dem er in Afrika zum ersten Mal begegnete. Le Clézio erzählt hier die Liebesgeschichte seiner Eltern, die in Kamerun vor seiner Geburt spielt, als der Traum eines von Krankheit und Fremdherrschaft befreiten Afrika noch realisierbar schien. Mit unverstelltem, klarem Ton liest Michael Krüger die stille und sehr persönliche Reise des Nobelpreisträgers zu seinem Vater in das magische Herz Afrikas.

Red.

Jean-Marie Gustave Le Clézio:
Der Afrikaner,
3 CD, Laufzeit ca. 200 Minuten,
Der Hörverlag, München 2008, 19,95 Euro



» **Gewinnen Sie ein Exemplar**
Postkarte mit Stichwort
„Der Afrikaner“
bis 31. März 2009 an DED-Redaktion,
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn.
Alle Einsendungen
nehmen teil,
der Rechtsweg
ist ausgeschlossen.

» **Gewinnen Sie ein signiertes Exemplar**
Postkarte mit Stichwort **„Familienchronik“**
bis 31. März 2009 an DED-Redaktion,
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn.
Alle Einsendungen nehmen teil,
der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann

► Paul Collier hat eine Professur für Ökonomie an der renommierten Universität in Oxford. Beim Lesen seines neuesten Buches fühlt sich der Leser rasch wie in einer Vorlesung zu Beginn des neuen Semesters: Der Hauptdozent stellt sein Fachgebiet und sein Team vor und gibt einen provokanten Einstieg in die Thematik des Seminars. Der Text des Dozenten und ehemaligen Leiters der Forschungsabteilung der Weltbank ist überraschend leicht zugänglich und sichtbar für die breite Masse bestimmt. Doch genau hier sehe ich ein Problem, wenn Fachleute der Entwicklungszusammenarbeit dieses Buch als Referenz für ihre Arbeit nutzen wollen. Denn überraschend ist für mich auch, dass der Wissenschaftler völlig auf das nachvollzieh-



» Gewinnen Sie ein Exemplar

Postkarte mit Stichwort

„Unterste Milliarde“

bis 31. März 2009 an DED-Redaktion,
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn.

Alle Einsendungen nehmen teil,
der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

bare Belegen seiner Aussagen und Zitate verzichtet. Erst am Ende finden sich zehn Verweise auf weiterführende Literatur – ausschließlich Arbeiten von ihm und seinem Team. Im Buch verstreut finden sich eine Fülle von Kriterien, Merkmalen und Lösungsansätzen. Leider erschließen sich seine Modelle nur schwer für den Leser, und hin und wieder leistet er sich im Kontext seiner Beweisführung gefährliche Vereinfachungen. Klassische Themen wie koloniales Erbe, Bildungsproblematik, Umweltzerstörung oder AIDS blendet er aus. Und er hat sichtlich ein Faible für Afrika, obwohl er Armut auch auf anderen Kontinenten sieht. Auch wenn Collier viele Hinweise gibt: Als Fazit bleibt, dass für jedes noch zu entwickelnde Land eine spezifische Strategie zu identifizieren ist, durch die ausgewählte Instrumente koordiniert zum Einsatz kommen.

*Frank Wiesemann, DED-Entwicklungshelfer
von 2005 bis 2008 in Indonesien*

Paul Collier:
Die unterste Milliarde,
Verlag C. H. Beck, München 2008,
255 Seiten, 19,90 Euro

» Die Gewinner

der Literaturverlosung aus DED-Brief 4/2008:

Grit Bhandari, Göttingen · Sabine Fiolka, Gilching · Werner Geßler, Hilpoltstein ·
Marietta Maier, Manubach · Sascha Timm, Itzehoe · Günther Wirth, Schweinfurt ·
Anne Wolf, München · Jürgen Zaiß, Hamburg · Gabi Zink, Schwäbisch Gmünd.

Nächstes Thema

2/2009

Menschenrechte

3/2009

Gesundheit

www.ded.de

Impressum

Herausgeber

Deutscher Entwicklungsdienst,
gemeinnützige Gesellschaft mbH,
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn

Geschäftsführung

Dr. Jürgen Wilhelm

Redaktion

Inge Weizenhöfer (V.i.S.d.P.),
Sabine Ludwig
*Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die persönliche
Meinung der Verfasser wieder.*

Redaktionsbeirat

Martina Rieken, Dr. Annette Roth,
Martina Schaub,
Monika Schimmelpfennig,
Karl Moosmann, Matthias Ohletz

Gestaltung

kipconcept gmbh, Bonn

Titelfoto

Miriam Fuß

Druck

SZ Offsetdruck-Verlag GmbH
*Gedruckt auf FSC-zertifiziertem
Papier*

Redaktionsadresse

Deutscher Entwicklungsdienst,
DED-Brief, Tulpenfeld 7, 53113 Bonn
Telefon 02 28 / 24 34-132
Telefax 02 28 / 24 34-139
redaktion@ded.de

*Nachdruck frei bei vollständiger
Quellenangabe. Belegexemplare
erbeten an die DED-Brief-Redaktion*



Sie suchen
eine Herausforderung
im Ausland?

www.ded.de/stellenmarkt